



10 - 2010

04.03.2010 – 10.03.2010

Meldungen / Artikel

„Ein mutiger und kluger Film“	2
Wie das Gesetz es befahl	5
Schwulen-Papamobil auch in Bayern erlaubt	7
Gegen Todesstrafe	9
Kreuzsymbole in staatlich-öffentlichen Räumen?	10
Fragile Körper in fragilen Zeiten	13
Die guten Hirten	15
Drei Fragen an... Rainer Statz	17
Ein liberales Manifest zu den europäischen Werten	18
Antisemitismus als negative Leitidee	22
Pilger Mu (70)	23
Gegenreformation in der belgischen Politik?	24
Nachhaltige Energie – nachhaltigst	26

Externe Presse 27

Kalender- und Gedenktage 36

Redaktionsleitung:

Wochenbericht:

Interview 10 Mär 2010 - 14:51 Nr. 9015

„Ein mutiger und kluger Film“



BERLIN. (hpd) **Gute Geschichten haben meist nie so stattgefunden, wie sie erzählt werden. Alle Tatsachen stimmen, da sie erfunden wurden, pointiert sind und auf den ‚Punkt‘ bringen, wie es hätte sein können, sein müssen, damit aus dem historischem Geschehen eine spannende, mitreißende Geschichte wird. Die Figuren, ja, die Szenerie, ähnlich, die Zeit, in etwa, die Geschichte, kreativ komponiert, die Geschichte, überzeugend. So ist der Film AGORA. Ab 11. März im Kino.**

Nur wenige Charaktere tragen das übersichtliche Geschehen. Hypatia, die kluge Philosophin, Wissenschaftlerin und Lehrerin, Orestes und Synesios, zwei ihrer Schüler - von denen der eine römischer Präfekt wird, der andere christlicher Bischof - Kyrill, das Kirchenoberhaupt in Alexandria, und Davus, Hypatias persönlicher Sklave, dem sie die Freiheit gibt.

Die Zeit ist das Ende des vierten Jahrhunderts, der Ort die Agora, zentrale Versammlungsstätte, die Stadt: Alexandria in Ägypten. Eine Stadt, die mit einem riesigen Leuchtturm nicht nur eines der klassischen sieben Weltwunder errichtet hatte, sondern deren Bibliothek als Inbegriff des Wissens und der Bildung in der antiken Welt galt. Diese Bibliothek zerstört? Was für ein kultureller Verlust, was für eine Barbarei.

Die historische Quellenlage zu dieser Zeit ist karg, unsicher, aber wenn man die verschiedenen Mosaiksteine nach den großen Entwicklungslinien der Zeit geschickt zusammensetzt, Fehlendes ergänzt, kann das beeindruckende Epos einer Zeit entstehen. Dafür lässt sich der Film Zeit, entwickelt die Facetten der Charaktere, verlässt sich auf die Qualität seiner Schauspieler, auf seine Optik und unaufdringliche Opulenz der Ausstattung, die Einbettung in Stille, Musik und kontrastierendem Lärm.

Vernunft, Staat, Religion – in diesem Spannungsfeld bewegt sich der Film. Ein Thema, was aktueller nicht

sein könnte. Bei der die Religionen die Herrschaft anstreben und die Gewaltspirale sich immer schneller dreht, bis zum bitteren Ende.



Ein besonderer Film und Michael Schmidt-Salomon war spontan nach Berlin gekommen, um ihn in einer Pressevorführung so früh wie möglich sehen zu können. Ein Film über die Philosophie!? Dem hpd berichtete er über seine Eindrücke

hpd: Wir haben uns heute nicht zufällig getroffen. Du bist extra hierher gekommen, um dir diesen Film anzuschauen.

Schmidt-Salomon: "Ja, Agora, die Säulen des Himmels. Es ist ein sehr mutiger, kluger und erdrückend aktueller Film über den ewigen Widerstreit von möglicher Vernunft und religiösem Fundamentalismus. Man sagt ja, wir sollten aus der Geschichte lernen, damit wir sie nicht noch einmal erleben müssen. Und das gilt nicht nur für Auschwitz sondern auch für die Geschehnisse des vierten und fünften Jahrhunderts als gewissermaßen die Errungenschaften der Kultur zerstört worden sind und die Menschheit - man kann sagen – um mehr als tausend Jahre in ihrer Entwicklung zurück geworfen wurde.

Was mich persönlich freut, dass Hypatia hier in dem Film als Heldin erscheint. Die Giordano Bruno Stiftung zeigt sie in ihrer Ahnengalerie für Humanismus und Aufklärung gleich neben Epikur - und ich bin immer wieder gefragt worden, wer denn diese Hypatia sei. Ich hoffe, dass diese Frage sich mit dem Film ändert und beantwortet ist - dass diese der Legende und vielleicht auch der Wirklichkeit nach - klügste Frau der Antike - endlich die Wertschätzung erhält, die sie verdient hat in der Geschichte, die ihr zukommt. Sie hat die ja leider sehr häufig leise Stimme der Vernunft in einem Zeitalter des hysterischen Geschreis repräsentiert. Das kommt in dem Film sehr schön rüber. Nach ihren Glauben gefragt antwortete sie: Ich glaube an die Philosophie

Sie war sicher eine der ersten großen Märtyrerinnen des freigeistigen Denkens. Sie ist in der Geschichtsschreibung wohl erwähnt worden, aber leider nicht oft genug. Karlheinz Deschner geht in der Kriminalgeschichte des Christentums darauf ein, aber ein

Hollywood Blog-Buster wird mehr bewirken, und klar zu machen, das es immer schon Menschen gab, die kritisch rational die Dinge hinterfragt haben.

Sie sagt in dem Film den Christen, die sie verhören und auch den eigenen Freunden, die das Beste für sie wollen, sie solle konvertieren, dass sie das nicht kann, und das ist ihre Erklärung: Ihr dürft euren Glauben nicht hinterfragen - aber ich kann nicht anders. Sie muss alle Glaubenssätze hinterfragen. Sie ist gewissermaßen die Repräsentantin des skeptischen Denkens. Dafür musste sie mit ihrem Leben zahlen. Sie wurde gesteinigt, gelyncht von einem hysterisch christlichen Mob.



M. Schmidt-Salomon / Foto © Evelin Frerk

Leider sind ihre Schriften nicht erhalten, sie sind zerstört worden wie 99,9 % der antiken Literatur. Das ist eine große Tragödie in der Menschheitsgeschichte, dass uns ein Großteil nicht überliefert ist. Schon vor 2.000 Jahren haben Menschen schon sehr klug gedacht, hatten vernünftige Vorstellungen von der Welt, die das Prinzip des wissenschaftlichen Denkens schon stark verwirklicht hatten. Damit hat die christliche Kultur damals aufgeräumt, weil man davon ausging, dass schon alles aufgeschrieben war, nämlich in der Bibel, und das man nicht mehr wissen müsse, als dort drin stand und steht.

Es ist meines Erachtens ein wichtiger Film und ich hoffe, dass viele Menschen in Deutschland ins Kino gehen und ihn sich ansehen. Der Film verrät überdies sehr viel über die heutige Zeit. Ich bin davon überzeugt, dass die griechischen und auch die römischen Philosophen im dritten Jahrhundert, auch im zweiten und vierten Jahrhundert, es sich nicht vorstellen konnten, dass all die Errungenschaften des wissenschaftlichen Denkens, der Ethik und auch der Philosophie verloren gehen könnten. Ähnlich könnte es uns heute ergehen. Wir sind auch so sicher, dass gewissermaßen die Aufklärung, die Menschenrechte, das wissenschaftliche Denken, all die Erkenntnisse der letzten Jahrhunderte gesichert sind, aber sie sind es nicht. Es gibt keinen Fortschritts-Automatismus in der Geschichte. Das macht dieser Film deutlich. Man ist nach dem Film sehr berührt.

Abgesehen davon ist dieser Film klug arrangiert. Natürlich muss man so einem Film künstlerische Freiheiten geben. Der Film verdichtet gewissermaßen Geschichte. Die Grundaussage des Films ist richtig. Man ist auch berührt und verstört, wenn man sieht, wie all die Leistungen negiert werden können, wie sie zerstört

werden können, wie regelrechter Wahn ganze Gruppen erfassen kann.

Es ist sicherlich ein Film, der momentan so nur in Spanien gedreht werden kann. Der Film hat die Unterstützung des spanischen Bildungsministeriums bekommen und ist insofern auch eine kulturelle Leistung des Regierung Zapatero. Ich finde es faszinierend, dass dieses Thema, eine solche Geschichte ein Millionen-Budget bekommen hat. Das zeigt, dass sich kritisches Denken, rationales Denken, säkulares Denken in bestimmten kulturellen Kreisen durchgesetzt hat. Wir sind nicht alleine!

hpd: Was könnte Menschen mit einem hohen Anteil von christlicher Prägung wie in Deutschland bewegen, sich diesen Film anzusehen, der die Vernichtung von „heidnischer Kultur“ durch Christen zeigt?

Schmidt-Salomon: Durch die Aufklärung nach der Renaissance - als man die alten Werke zum Teil wieder entdeckt hat - und auch dank der weniger kulturzerstörerischen Leistung der damaligen islamischen Kultur, hat sich das Christentum verändert, ist aufklärerisch gezähmt worden. Viele Menschen nennen sich heute Christen, sind aber eigentlich getarnte Humanisten, denken kritisch-rational. Man darf den heutigen Christen nicht mehr zu unterstellen, dass sie von einem derartigen Wahn befallen sind.

Aber - innerhalb der christlichen Kirchen vermehrt sich wieder das fundamentalistische Gedankengut. Je liberaler eine Glaubensstruktur, je eher verliert sie ihre Anhänger, je mehr sie sich fundamentalistisch gebärdet, je mehr Anhänger findet sie und deshalb gibt es heute wieder mehr und mehr Menschen, die von diesen alten Wahn-Ideen befallen sind. Wenn man diesen Film sieht, denkt man im ersten Moment weniger an das Christentum als an den Islam obwohl es diesen Fundamentalismus im Christentum heute gibt. Diese Wissenschaftsfeindlichkeit, die Frauenfeindlichkeit, die in diesem Film sich ausdrückt wird heute jedoch viel stärker von islamischen Gruppierungen vertreten.

Der Film ist erdrückend aktuell weil er die Schwierigkeiten einer multi-kulturellen Gesellschaft zeigt, die Schwierigkeiten der Integration von Gruppierungen, die ihr eigenes Existenzrecht wieder davon ableiten, dass sie sich von anderen abgrenzen.

Dieses Problem der multikulturellen Gesellschaft, wie gehe ich mit Menschen um, die gewissermaßen den pluralistischen Grundkonsens einer Gesellschaft nicht teilen, mit diesem Problem sahen sich damals die Vertreter der griechisch-römischen Kultur konfrontiert und sie fanden keine Lösung.

Damals war es der christliche Mob, der die Kultur zerstörte. Heute könnte es in islamistischer Form sein, wobei wir im Islam viel aufgeklärte, kluge Menschen gibt und die gilt es zu stärken. Das hat damals nicht funktioniert, aber das müsste heute funktionieren. Es kann aber auch sein, dass eine Bedrohung von ganz anderer Seite kommt. Es könnte ein hinduistischer Fanatiker sein, der die Atombombe zündet. Es könnte ein Kult innerhalb der nächsten 200 Jahre entstehen,

den wir uns im Moment noch gar nicht vorstellen können. Aber genau das macht die Geschichte, den Film so interessant, dass wir wieder eine Vorstellung davon bekommen, wie verletzlich diese kleine zarte Pflanze Freiheit eigentlich ist. Und wie sehr man sich engagieren muss, um diese fürchterliche Form von Rückentwicklung zu verhindern.

Da liegt die Botschaft des Films, aber gleichzeitig auch nur der Hintergrund des Films. Es ist ein gut gemachter Hollywood-Film. Er hat eine eigene Dramaturgie, ist gut inszeniert. Er hat eine wunderbare Filmmusik, hervorragende Schauspieler. In dem Film passt alles - wie gesagt, man sollte sich diesen Film anschauen. Er fasst ein abstraktes Thema sehr konkret, macht es nachvollziehbar. Ich denke, es ist für viele Menschen leichter, in den Spiegel der Geschichte zu schauen. Da gibt es immer etwas zu lernen über die heutige Zeit und man wird dennoch mit aktuellen Problemen konfrontiert.

Ich denke, das war das Anliegen des Regisseurs und der Produzenten, zu zeigen, die Probleme, die wir heute haben, sind so neu nicht, es wiederholt sich vieles in der Geschichte. Es gibt den zynischen Satz, das einzige, was wir aus der Geschichte lernen ist, dass die Menschheit nichts aus der Geschichte lernt. Glücklicherweise vertreten die Autoren und Produzenten und der Regisseur dieser Position nicht, man merkt, hinter diesem Film steht ein aufklärerischer Impetus? Lasst uns aus dieser Geschichte lernen, damit sich derartiges nicht wiederholt.

Ab Donnerstag, den 11. März 2010 im Kino.

Interview mit Michael-Schmidt-Salomon auf hpd-video,
Teil 1

Interview mit Michael-Schmidt-Salomon auf hpd-video,
Teil 2

Religionsfreiheit 10 Mär 2010 - 14:44 Nr. 9014

Wie das Gesetz es befahl



Kindergarten / Foto: Günter Havlena (pixelio)

ST. PÖLTEN. (fdb/hpd) **Ein niederösterreichischer Vater wehrt sich dagegen, dass seine Tochter religiös erzogen werden soll. In einem öffentlichen Kindergarten musste die Kleine unter anderem an einem Erntedankfest in einer katholischen Kirche teilnehmen. Gegen seinen ausdrücklichen Willen. Übereinstimmend mit niederösterreichischem Recht.**

Antrag gemäß Art. 140 Abs. 1 B-VG. Eine Bezeichnung, die nach Aktenstaub und Amtsschimmel riecht. Der Brisanz des Aktenstücks, das Ende des Vorjahres beim Verfassungsgerichtshof einging, wird das nicht gerecht. Es ist die erste Klage gegen die zwangsweise religiöse Erziehung in öffentlichen Kindergärten in Niederösterreich. Eingbracht hat sie die Anwältin von Karl R. (Name v. d. Red. Geändert). „Als konfessionsfreier Mensch aus Überzeugung ist es mir sehr wichtig – wie jedem anderen verantwortlichen Vater – dass meine Tochter grundsätzlich gemäß meiner Weltanschauung, und natürlich auch die meiner Partnerin, aufwächst“, schildert R. der freidenkerIn. „Dieses natürliche Recht gewährt mir allerdings auch der Gesetzgeber und zwar explizit im Rahmen des Bundesgesetzes betreffend der religiösen Kindererziehung.“ Ein Recht, das im seinem Fall bis an die Tür eines niederösterreichischen Landeskindergartens reicht.

*Seither musste sie (R.s Tochter) im Rahmen der Kindergartenaktivität bereits an zumindest vier, ausschließlich religiös geprägten Feiern samt Kirchenbesuch bzw. an den Vorbereitungen auf diese teilnehmen: an einem Erntedankfest in ... samt Segnung der Körbe durch den Pfarrer, am Martinsfest (zur Ehrung des Bischofs Martin von Tours, *316/317; †397), das ebenfalls in der Dorfkirche unter Anwesenheit und Mitwirkung des Pfarrers stattgefunden hat, sowie gleich an zwei Festen zur Ehrung des Nikolaus (Bischof von*

*Myra, *zwischen 270 und 286; †326, 345, 351 oder 365), eines in den Kindergartenräumlichkeiten und eines in der Dorfkirche, wieder unter Anwesenheit und Mitwirkung des Pfarrers, heißt es in der Klage am Verfassungsgerichtshof, die auf freidenkerbund.at zum Download bereit ist. Dem Erstantragsteller R. wurde seitens des Kindergartens mitgeteilt, dass man im Rahmen der religiösen Erziehung ausschließlich auf christliche Feste und Themen sowie auf Geschichten aus der Bibel Bezug nehme. Weiters wurde ihm erklärt, dass man auch keinen Anlass sehe, auf andere Religionen oder Weltanschauungen bzw. auf Religionskritik einzugehen, da in Niederösterreich ausschließlich die christliche Tradition vorherrsche.*

Gesetzlich gedeckt. In Paragraf 3 des niederösterreichischen Landeskindergartengesetzes heißt es: *Der Kindergarten hat durch das Kindergartenpersonal die Aufgabe, die Familienerziehung der Kinder zu unterstützen und zu ergänzen. Insbesondere ist die körperliche, seelische und geistige Entwicklung der Kinder durch Bildungsangebote, geeignete Spiele und durch die erzieherische Wirkung, welche die Gemeinschaft bietet, zu fördern, zu unterstützen, ein grundlegender Beitrag zu einer religiösen und ethischen Bildung zu leisten und die Erreichung der Schulfähigkeit zu unterstützen.*

Dass Kreuze verpflichtend vorgeschrieben sind, versteht sich angesichts dieser rechtlichen Ausgangslage von selbst. „Ohne mich zu fragen wird auch meine Tochter auf jeden christlichen Feiertag im Rahmen der Kindergartenaktivität ergiebig vorbereitet und dann, ebenfalls im Rahmen der Kindergartenaktivität, gar in die Kirche geführt, ob Martinsfest, Nikolaus oder Erntedank – alles hochchristliche Feiern! Und das in einem öffentlichen, also nicht etwa privaten katholischen Kindergarten! Ich erlaube mir das Spieß umzudrehen und die Frage stellen: Wie würde sich ein überzeugter Katholik fühlen, wenn sein Kind bei der Kindergarten-erziehung dazu gezwungen wird, in die Moschee zu gehen und an muslimischen Feiern teilzunehmen?“, beschreibt R. seine Situation.

Politisch hält man das für in Ordnung. „Das hat noch niemandem geschadet“, sagt die zuständige niederösterreichische Landesrätin Johanna Mikl-Leitner (ÖVP) bis heute. In einer Pressekonferenz am 4. März meinte sie gegenüber Medien: „Kreuze sind Ausdruck unserer Werte und Tradition“, Sie stünden für ein friedliches Miteinander und es sei wichtig, dass den Kindern derartige Werte vermittelt würden. Die gesamte gesellschaftliche Struktur und der Jahresverlauf im Abendland seien vom christlichen Gedankengut bestimmt. „Kein einziges Kind wird gezwungen, bei derartigen Festen mitzumachen“, aber nur weil ein Kind atheistisch oder in einer anderen Religion erzogen werde, müsse es ja nicht von den Traditionen ausgeschlossen werden.“ Offenbar fällt es für Mikl-

Leitner nicht unter Zwang, wenn eine Kindergartenpädagogin mit der ganzen Gruppe in die Kirche geht und das konfessionsfreie Kind mitgehen muss. „Seltsam für eine Partei, die immer sagt, sie sei für Wahlfreiheit in der Kindererziehung“, sagt Theo Maier, Vorsitzender des Freidenkerbundes. „Das Argument Wahlfreiheit gilt, wenn man damit Ganztagschulen abdrehen kann, weil das die Eltern angeblich nicht wollen. Aber wenn die Eltern nicht wollen, dass die Kinder in die Kirche müssen, gilt es nicht mehr.“

Zumindest in einem Punkt scheint Mikl-Leitner Einsicht zu zeigen.

„Solange ich für die NÖ Kindergärten zuständig bin, wird es auch weiterhin Kreuze, christliche Feiern und die Vermittlung unserer abendländischen Traditionen geben“, hatte sie Ende 2009 als erste Reaktion auf die Klage angekündigt. So wie ihr Chef, Landeshauptmann Erwin Pröll (ÖVP). Der ließ sich nach der erfolgreichen Klage einer Italienerin gegen Kreuze in italienischen Schulklassen via Krone-Schlagzeile als Retter des christlichen Abendlandes bleiben. „Die Kreuze bleiben“, verkündete er damals. Freidenker-Vorsitzender Theo Maier verglich diese Ankündigung damals mit dem Verhalten der Kärntner Landesregierung in Sachen zweisprachige Ortstafeln.

Heute klingt das anders. Sie werde sich „rechtskonform verhalten, wie auch immer die Entscheidung des VfGH aussehen wird“, sagt Mikl-Leitner gegenüber dem Standard. Wobei sie nicht ausschließt, dass sie den Instanzenweg über den Europäischen Gerichtshof gehen wird. Von einem Justament-Standpunkt ist keine Rede mehr. Und Pröll, sonst niemand, der sich mit markigen Sprüchen in der Öffentlichkeit zurückhält, ist auffallend schweigsam.

Überraschend in einer Causa, die so viel Symbolkraft hat wie diese. Auch oberösterreichische und steirische ÖVP-Politiker sprangen auf das Gerichtsverfahren auf und verkündeten, die Kreuze würden hängen bleiben. Der steirische Landeshauptmannstellvertreter Hermann Schützenöfer verknüpfte die Kreuze in den Kindergärten gar mit dem Bau von Minaretten. Auf der anderen Seite verkündeten Österreichs atheistische und humanistische Organisationen, den Vater zu unterstützen. Für Heinz

Oberhammer, Vorsitzenden des Zentralrats der Konfessionsfreien war das gar der erste Amtssakt in seiner neuen Funktion.

R. zeigt sich optimistisch, dass er mit der Klage Erfolg haben wird. „Ich hoffe, dass der VfGH die richtige Entscheidung treffen wird, und hier gibt es wenig Spielraum; der EGMR hat die Weichen gestellt.“ In Österreich sind solche Gesetze nicht nur menschenrechtswidrig sondern zunehmend nicht in Einklang mit dem „stattfindenden Wertewandel. Katholiken haben nun nicht einmal mehr eine 2/3 Mehrheit in diesem Land und auch in dieser Gruppe gibt es sehr viele „;Taufscheinchristen“.“ Sollte der VfGH der Klage nicht entsprechen, werde er „jedes zur Verfügung stehende rechtliche Mittel“ ausschöpfen, sagt R. „um mir das religiösen Diktat des Staates vom Leib zu halten.“

Wie lange das dauern kann, ist unklar. Sollte R. zum EMGR gehen müssen, wird seine Tochter vermutlich schon in die Unterstufe einer AHS oder eine Hauptschule gehen, bis über die strittigen Punkte des nö. Kindergartengesetzes entschieden ist. Sofern es bis dahin nicht schon flächendeckend die „Neue Mittelschule“ geben wird.

Zumindest in R.'s Heimatgemeinde hat es bislang keine Probleme gegeben. „Ich habe mich gegenüber dem Kindergarten nicht „geoutet“. Schließlich habe ich auch kein Problem mit den Kindergartenpädagoginnen und die machen ja auch nur das, was im Gesetz steht. Mein Problem ist das Gesetz selbst.“ Allerdings könne sich die Sache ändern. „Das ist eine emotionsgeladene Sache und in Österreich gibt es ja grundsätzlich ein Problem mit Leute, die „gegen den Strom schwimmen“. Und da kann man ja auch gewisse christliche Fingerabdrücke orten.“ Er hoffe nur, dass der Konflikt nicht über seine Tochter ausgetragen werde.

Unabhängig davon, wie die Sache ausgeht, zeigt sich R. eines Umstandes bewusst. „Einen Sieg werde ich auf jeden Fall verbuchen: meine Tochter wird lernen, dass man manchmal für seine Rechte auch kämpfen muss und irgendwann wird sie sich fragen, warum ich mir das alles angetan habe. Ich bin davon überzeugt, dass sie die richtigen Antworten finden wird.“

Viktor Englisch

Meinungsfreiheit 10 Mär 2010 - 09:54 Nr. 9009

Schwulen-Papamobil auch in Bayern erlaubt



MÜNCHEN. (hpd) Eine Watsch'n für die Polizei und auch für das Bayerische Verwaltungsgericht. Seit dem 8. März 2010 darf man jetzt auch in Bayern über Papst Benedikt lachen. Das Bayerische Verwaltungsgericht verurteilte den Polizeieinsatz beim Cristopher Street Day 2006.

Dass die Polizei beim Christopher Street Day 2006 einen Wagen mit einer Papstpuppe verbot, war ein Verstoß gegen die Meinungsfreiheit. Die Kläger Dietmar Holzapfel, Hotelier der „Deutschen Eiche“ und Josef Sattler sowie Rechtsanwalt Dr. Johannes Wasmuth konnten gut lachen die Erleichterung war ihnen anzusehen.

Holzapfel hatte für den CSD-Umzug - eine politische Veranstaltung der Homosexuellen im August 2006 Plakate des Papstes auf seinem Wagen angebracht. Homosexualität sei „zutiefst unmoralisch“ und „Homosexuellen sei mit Mitleid zu begegnen“. Auch eine Papst-Puppe wurde gebaut und steckte Benedikt auf Bildern einen grünen Kondom über den Finger, Die Lippen Blau-Rot geschminkt, an der Brust die Aidsschleife für einen Pfarrer zu viel und alarmierte die Polizei. der Wagen musste "entschärft" werden, Holzapfel beleidigte den Papst als Homosexuellen, so die Beamten vor Ort.

Holzapfel bekam eine Anzeige wegen des Verdachts der Verunglimpfung eines ausländischen Staatsoberhauptes und Beleidigung von religiösen Bekenntnissen. Das Verfahren wurde später eingestellt.

Mit seinem Anwalt Dr. Wasmuth klagte er, dass die Polizei „sein Recht auf Meinungs- und Kunstfreiheit sowie das Demonstrationsrecht widerrechtlich eingeschränkt hatte“, so Holzapfel. Das Bayerische Verwaltungsgericht lehnte die Klage ab und ließ keine Revision zu. Nach über vier Jahren erging Recht.

Der 10. Senat des Bayerischen Verwaltungsgerichtshof (VGH) unter Vorsitz von Richter Andreas Dhom, (Az.: 10 B 09.1102 und 10 B 09.1837) urteilt: Die Polizei handelte rechtswidrig, als sie den Demonstrationswagen beim

Christopher Street Day (CSD) im August 2006 aus dem Verkehr zog, Holzapfel habe beim Christopher Street Day 2006 sein Recht auf Meinungsfreiheit wahrgenommen und Papst Benedikt nicht als Homosexuellen beleidigt, wie die Polizei argumentierte, es ging nicht um die Person des Papstes, es ging um die Sache.

Die Polizei hatte ein Feststellungsdefizit, hier blieb die Meinungsfreiheit auf der Strecke, die Meinungsfreiheit ist auch Teil der öffentlichen Sicherheit. Es ist abzuwägen zwischen Persönlichkeitsschutz und Meinungsfreiheit. Richter Dhom bemängelte außerdem die Verhältnismäßigkeit des Polizeieinsatzes.

Das Recht der Kläger kann man nicht durch juristische Konstruktionen absprechen, ein Seitenhieb auf das Verwaltungsgericht (VG), München.

Richter Andreas Dhom weiter: "Wir sind der Meinung, dass hat schon satirischen Charakter, dass übersteigernde ist bewusst gewählt . . . sie nehmen die Euphorie ("Wir sind Papst"- Deutschland im Papstwahn) auf den Arm und holen sie sozusagen auf die von ihnen gesehen Wirklichkeit herunter", „es ist ein Wesensmerkmal der Satire, dass sie Dinge verfremdet, überzeichnet, überspitzt, darstellt. Es kommt keiner auf die Idee zu meinen , dass der Papst Kondome empfiehlt." Eine Revision ließ der (VGH) nicht zu.



Holzapfel: "Ich habe Aussagen des damaligen Kardinal Ratzinger, Präfekt der katholischen Glaubenskongregation und den heutigen Papst Benedikt verwendet." Eine der Aussagen lautete: "Homosexuelle Beziehungen sind zutiefst unmoralisch" oder „Homosexuellen sei mit Mitleid zu begegnen“, sind nicht hinnehmbar.

Die Schlagzeile "Wir sind Papst"?, sollte zum Ausdruck bringen, dass auch Homosexuelle Teil der Gesellschaft sind.

Mit der Darstellung der Kondome sollte auf das Kondomverbot der katholischen Kirche hingewiesen werden, die Aidsschleife als Symbol für die Folgen des Kondomverbots, insbesondere in Afrika. Gleichzeitig sei es ein Anliegen gewesen auf die Doppelmoral der katholischen Kirche hinzuweisen. "Ein Sieg für die

Meinungsfreiheit und wie ich meine ein sehr wichtiges Urteil." *Johann Türk*



„Homosexualität ist eine schwere Sünde!“

Verwandte Themen auf *hpd*

„Schwule und Atheisten" - Das ist gut so (22. Juli 2008)

Papstpuppe im Bayerischen Verwaltungsgericht (13.3.2008)

Gott mit Dir, Du Land der Bayern... (12.3.2008)

Das war: "Papst gsehng" (15.9.2006)

Menschenrechte 9 Mär 2010 - 15:52 Nr. 9003

Gegen Todesstrafe



Mina Ahadi und Shirin Ebadi. Foto: privat

GENF. (hpd) **Vom 24. bis 26. Februar fand in Genf der vierte internationale Kongress gegen Todesstrafe statt. Mina Ahadi und Shirin Ebadi waren aus dem Iran dort und haben in einer Panel Diskussion mit zehn anderen Prominenten aus den USA, China und Japan mit einer Delegierten vom Europarat gesprochen.**

Hier ist eine kurze Zusammenfassung der Rede von Mina Ahadi:

Ich bin sehr glücklich hier zu sein, mit Hunderten Menschen, die Tag und Nacht gegen die Todesstrafe kämpfen. Ich denke, alle diese Gesichter sind mir sehr bekannt, ich kenne Sie alle und ich denke, diese Welt mit Menschen so wie Sie wird noch besser sein.

Ich versuche mich vorzustellen: Ich bin Vorsitzende des Internationalen Komitees gegen die Todesstrafe. Leider entstand meine Beziehung mit diesem Wort *Todesstrafe* nicht nur deswegen, weil ich gegen die Todesstrafe aktiv bin. Sondern ich habe als 14-jähriges Mädchen, als ich damals die Schahdiktatur kritisierte, gehört: „Man muss aufpassen, sonst wird man fest genommen und hingerichtet“. Als ich 20 Jahre alt war, wurde meine Wohnung vom Pasdaran, der iranischen Revolutionsgarde, überfallen und mein Mann wurde mit fünf anderen Aktivisten gegen die islamische Regierung dort

festgenommen und hingerichtet. Gegen mich wurde damals eine Todesstrafe verhängt, die noch heute besteht.

Meine Beziehung geht aber noch weiter als das. Ich bin auch eine Person, in deren Ohren diese Sätze klingeln: „Tante Mina ich werde bald 18 und du musst mir helfen!!!“ Wissen sie wieso? Weil in meinem Land Kinder in der Todeszelle sitzen, die einen Tag nach ihrem 18. Geburtstag hingerichtet werden. Derzeit betreuen wir 160 dieser Kinder.

Ich bin auch eine Person, die Kinder begleitet, wenn die Mütter dieser Kinder hingerichtet worden sind...

Leider also ist meine Beziehung mit diesem Wort Todesstrafe sehr eng.

Ich bin heute da, weil ich laut sagen möchte: Der Dialog mit den Mördern hat gar nichts gebracht. Diplomatie war ein Deckmantel für einen langsamen Gewöhnungsprozess gegenüber Steinigung und Todesstrafe. Ich bin heute hier und möchte erklären, dass im Iran eine breite Bewegung gegen die Todesstrafe existiert - wir haben sehr viel gearbeitet und es gibt jetzt eine breite Resonanz der Bevölkerung gegen den staatlichen Mord im Iran.

Aber es braucht noch mehr, daher fordern wir:

- Religion und Staat müssen getrennt sein.
- Alle religiösen Gesetze werden abgeschafft.
- Alle Hinrichtungen werden abgeschafft. Steinigung wird sofort verboten.
- Das islamische Regime wird abgesetzt und alle Mörder werden in einem internationalen Gericht zur Verantwortung gezogen.

Für eine Welt ohne Todesstrafe muss man die Bewegungen im Iran, die sich gegen das Regime und gegen die Todesstrafe einsetzen, erkennen und verteidigen.

Mina Ahadi

Staat-Kirche 8 Mär 2010 - 12:15 Nr. 8996

Kreuzsymbole in staatlich-öffentlichen Räumen?



Zeichnung: Rolf Heinrich, 1997

FRIEDBERG (hpd) **Grundsätzliche Überlegungen zur religiös-weltanschaulichen Neutralität des Staates, anlässlich des Streits um das Kreuz in Düsseldorfer Gerichtssälen im Februar 2010.**

Von Gerhard Czernak

Ausgangslage

Ist das Kreuzsymbol neutral genug, um die weltliche Staatsgewalt überzeugend repräsentieren zu können? Die Errichtung eines neuen Justizzentrums in Düsseldorf war Anlass für die Präsidenten von Amtsgericht und Landgericht, zu entscheiden, ob die Sitzungssäle auch in den neuen Gebäuden mit dem Kreuz ausgestattet werden sollen. Da es in den vergangenen Jahren immer wieder vorgekommen war, dass sich Verfahrensbeteiligte am Kreuz rieben und sein Abnehmen erreichten, entschied man nun, künftig auf das Kreuzsymbol ganz zu verzichten. Immerhin hatte das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) 1995 entschieden: Kreuze in öffentlichen Schulen sind unzulässig, da sie geeignet sind, mit ihrem „appellativen Charakter“ eine – und sei es geringe – religiöse Beeinflussung auszuüben. Das verletzt laut BVerfG die Religionsfreiheit Andersdenkender und verstößt außerdem gegen die dem Staat auferlegte religiös-weltanschauliche Neutralität („Kruzifix-Beschluss“ vom 16.5.1995, voller Wortlaut).

Man sollte sich nun fragen, wieso trotzdem noch 2010 Kreuze überhaupt in Gerichten hängen können. Das nicht nur wegen des Verstoßes gegen die tragenden und daher alle deutschen Staatsorgane bindenden Gründe des BVerfG, sondern auch wegen der einfachen Überlegung, dass die staatlichen Gerichte keinerlei Kompetenz in religiös-weltanschaulichen Fragen haben. Sie sind unmittelbarer Ausdruck der rein säkularen Staatsgewalt. Auf Grund der klaren deutschen Verfassungsrechtslage behauptet hierzulande kein Jurist, der Staat habe einen religiösen Zweck. Er kann nicht durch das Symbol einer bestimmten Religionsgruppe repräsentiert werden, sondern allenfalls durch das Staatswappen. Gerichte sprechen Recht nach den staatlichen Gesetzen und haben keinerlei religiöse Maßstäbe. Die Düsseldorfer Gerichtspräsidenten haben daher lediglich für die schon lange fällige Beseitigung eines groben Verstoßes gegen das Grundgesetz gesorgt.

Kontroverse Diskussion

Dennoch: Am 18. und 19.2. 2010 las und hörte man den empörten Aufschrei mancher christlicher Politiker und Kirchenoberer beider großen Kirchen in den rheinisch-westdeutschen Medien. Aber insgesamt war die Aufregung deutlich geringer als nach dem Kruzifix-Beschluss des BVerfG von 1995 (Grundinformationen zur Düsseldorfer Debatte). Hatte sich doch sogar der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) mit Urteil vom 3.11.2009 erdreistet, das Schulkreuz in italienischen Schulen als Verstoß gegen die Europäische Menschenrechtskonvention zu werten: Der Staat habe in Räumlichkeiten, die Personen zwangsläufig betreten müssten, von Glaubensbekundungen abzusehen. Und in NRW musste selbst das Justizministerium einräumen, dass von etwa 1300 Gerichtssälen in NRW nur 40-60 noch mit einem Kreuz ausgestattet waren, ohne dass es bisher zu besonderen Irritationen gekommen war. Vor 15 Jahren war die Situation noch ganz anders. Die Präsidentin des Oberlandesgerichts Düsseldorf wies unter Hinweis auf das Neutralitätsgebot verwundert darauf hin, dass neben den Bundesgerichten wie dem Bundesverfassungsgericht oder dem Bundesgerichtshof auch der nordrhein-westfälische Verfassungsgerichtshof sowie die Verwaltungsgerichte und das Oberverwaltungsgericht NRW keine Kreuzsymbole kennen.

Bildungsdefizite

Viele Äußerungen beweisen erneut die üblichen Bildungs-, insbesondere staatsbürgerkundlichen Defizite. In der Rheinischen Post etwa finden sich folgende Kommentare: Leser fanden die christlich-abendländischen Werte mit Füßen getreten, die eigene Identität werde verleugnet, die christliche Bevölkerung mit ihrer Mehrheit beuge sich gegenüber jeglicher kleinen Minderheit, die Berufung auf die Gottesnennung in der Präambel des Grundgesetzes (GG) dürfe natürlich nicht fehlen, ebensowenig der Satz Böckenfördes, der freiheitliche, säkularisierte Staat lebe von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann.“ (Dazu Näheres <http://hpd.de/node/8543>) Dass die christlichen Wurzeln des Volkes nicht gewürdigt würden, sei eine Schande, und die islamischen Staaten wurden wieder einmal zum Vergleich herangezogen. Demgegenüber sei das Kreuz das Zeichen für Gerechtigkeit und Nächstenliebe. Gesamttenor: „Christliche Symbole sind unverzichtbar“ (so Rhein. Post 25.2.2010). Den Gipfel des Unverständnisses erklimmte eine Karikatur in der Rheinischen Post: „Schwören auf Asterix? Oder Telefonbuch?“.

Äußerungen von Politikern dürfen in ideologischen Fragen nicht unbedingt ernst genommen werden, zumal in Wahlkampfzeiten. Wenn daher die CDU-Justizministerin von NRW erklärte, sie „trete dafür ein, dass Kreuze nur im Einzelfall abgehängt werden, wenn einer der Prozessbeteiligten hieran Anstoß nimmt“, so ist das schon deswegen milder zu beurteilen. Entsprechendes

gilt für die nicht sinnvoll definierbare Aussage von Ministerpräsident Rüttgers, das Kreuz stehe für "die christlich-abendländischen Werte", auf denen das Gemeinwesen basiere (Dazu Ursula Neumann: Sind Christen doch die besseren Menschen? Das Märchen von der Bedeutung christlicher Wertevermittlung). Auch dafür, dass Repräsentanten der Kirchen, Machtausübung seit jeher gewohnt und staatlicherseits hofiert, sich für das Kreuz im Gerichtssaal einsetzen, ist verständlich.

Gefährliche Aussagen

Durchaus gefährlich wird es freilich, wenn etwa der Düsseldorfer Superintendent Ulrich Lilie betont: "Wir sind eine christliche Mehrheitsgesellschaft, das sollten wir selbstbewusst zum Ausdruck bringen." Denn das bedeutet, genau betrachtet, nichts anderes, als dass stets gilt, was die (parlamentarische?) Mehrheit beschließt. Das kommt einer Abschaffung der individuellen Grundrechte gleich. Nicht besser ist die Behauptung von Erzbischof Robert Zollitsch in seiner Funktion als Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz, es sei ein "krasses Missverständnis", Religionsfreiheit als Freiheit von Religion aufzufassen. Denn das heißt, allen Nichtreligiösen ihr Grundrecht aus Art. 4 I, II GG abzusprechen. Gerade dort (und an anderen Stellen des GG) wird aber Religion und nichtreligiöse Weltanschauung ohne Differenzierung gleich behandelt. Staatspolitisch bedeutsam ist es auch, wenn es in einem Artikel der Rheinischen Post (der hier nur als eines von vielen Beispielen aus der Medienlandschaft genannt sei) vom 25.2. heißt: „Es muss ... jeder Minderheit klar sein, dass sich die deutsche Rechtsprechung an christlichen Werten orientiert...[Es hat] Kreuze im Gerichtssaal zu geben, denn das Volk ist christlich!“ Daran ist alles falsch: erstens trifft die Behauptung, in Deutschland sei die Mehrheit der Bevölkerung „christlich“, in dieser pauschalen Form nicht zu: etliche repräsentative Umfragen belegen seit über einem Jahrzehnt, dass sich (ungeachtet einer derzeit noch 60%igen formalen Mitgliedschaft in einer der großen Kirchen, einschließlich eines erheblichen Prozentsatzes von Agnostikern und „Atheisten“) eine knappe Bevölkerungsmehrheit nicht mehr als „religiös“ versteht. An einen persönlichen „Gott“ glauben nur noch etwa 20 (oder weniger) bis maximal 25%. (Zahlreiche detaillierte statistische Angaben und Erläuterungen zu dieser Problematik finden sich im Portal der Forschungsgruppe Weltanschauungen in Deutschland.) Das Argument, das Volk sei christlich, schlägt sich daher selbst. Es kann in diesem Zusammenhang auch keine regionalen Unterschiede geben: Gerichtssäle haben in jedem Bundesland und jeder Region dieselbe Funktion. Und eine Rechtsprechung, die sich an spezifischen „christlichen“ oder nichtchristlichen Werten orientierte (was immer das konkret bedeuten mag), verhielte sich GG-widrig.

Verfassung und Neutralitätsgebot

Gerichte müssen nach Rechtswerten (die individuell christlich oder auch anders verstanden und motiviert sein mögen), entscheiden, wie sie im Grundgesetz und

anderen Gesetzen enthalten sind, und nach nichts anderem. Spezifisch religiöse Privilegierungen, wie sie selbst in manchen Landesverfassungen zu finden sind (z.B.: nach Art.1 I Ba-WüVerf ist der Mensch berufen, "seine Gaben in Freiheit und in der Erfüllung des christlichen Sittengesetzes...zu entfalten", der Staat habe den Menschen hierbei zu dienen; Art. 7 I der NRWVerf erklärt "Ehrfurcht vor Gott" an erster Stelle als "vornehmstes Ziel der Erziehung"; die Verf. von Rheinland spricht in ihrer Präambel von Gott als dem „Urgrund des Rechts und Schöpfer aller menschlichen Gemeinschaft“), sind mit dem GG unvereinbar und damit ungültig. Im Konfliktfall geht das GG allen anderen Rechtsvorschriften in Deutschland vor (Art. 31 GG: „Bundesrecht bricht Landesrecht“). Die Nennung Gottes in der Präambel des GG ist nach Ansicht aller Verfassungsrechtler lediglich ein Hinweis auf die Motive der meisten Mitglieder des Parlamentarischen Rats von 1948/49. Die religiös-weltanschauliche Bedeutung des GG ergibt sich ausschließlich aus der Gesamtheit der einschlägigen Vorschriften des – freilich aus säkularen Gründen religionsfreundlichen – Religionsverfassungsrechts. Alle staatlich-öffentlichen Institutionen und Organe müssen demnach alle Religionen und (nichtreligiösen) Weltanschauungen gleich behandeln. Das heißt, sie müssen im Positiven (kulturstaatliche Förderung, Informationsvermittlung) wie Negativen (Distanzierung von Religion in Justiz, Polizei usw.) dem Neutralitätsgebot entsprechen, d.h. unparteilich sein.

In der Theorie räumen das selbst besonders kirchennahe Juristen ein. Der stark kirchlich engagierte Verfassungsrechtler und Rechtshistoriker Martin Heckel hat daher 1993 formuliert: "Von der christlichen Tradition 'des Abendlandes'...findet sich in der Staatsverfassung keine Spur". Daher gibt es keinerlei Berechtigung für Kreuze in Gerichtssälen: aus Gründen der staatlichen Neutralität, der Religions- und Weltanschauungsfreiheit auf der Basis der Gleichheit für alle im Rahmen der Verfassung. Der prominente Katholik und Verfassungsrechtler Ernst-Wolfgang Böckenförde hat das schon vor fast 40 Jahren eindrucksvoll dargelegt. Angesichts der aktuellen Diskussionslage muss man Hans Michael Heinig, dem Leiter des Kirchenrechtlichen Instituts der Evangelischen Kirche in Deutschland, dankbar sein. Er hält es für eine Banalisierung des Kreuzes, es auf ein Symbol für Humanität und allgemein akzeptierte Werte zu reduzieren, um seine Fortexistenz in Gerichtssälen zu erhalten.

Dies alles nicht zu sehen, ist für den Bestand eines freiheitlichen Staatswesens gefährlich. Daher sind die Parteiprogramme der C-Parteien besonders kritisch zu sehen: Das CDU-Grundsatzprogramm von 2007 spricht an 25 Stellen vom spezifisch Christlichen und an 9 Stellen von Kirche. Die Wertevermittlung auch durch andere Religionen, insbesondere die jüdische, wird immerhin am Rande gewürdigt, während die Nichtreligiösen (Kennen sie keine Werte? Basiert das GG nicht wesentlich auf dem Gedankengut der Aufklärung?) in keinem Zusammenhang erwähnt werden. Das Programm der CSU von 1993 pointiert das Christliche

noch stärker und erklärt, das Kreuz „in den Klassenzimmern und in allen öffentlichen Gebäuden“ sei „unverzichtbar“. Politiker, die das ernst nehmen, kommen zwangsläufig in erhebliche Spannung zum GG.

Folgerungen

Die Folgerungen aus der verfassungsrechtlichen Lage sind einfach: Wenn die öffentliche Hand keine religiöse oder nichtreligiöse Weltanschauung formal bevorzugen oder benachteiligen darf, d.h. auch, auf einseitige Einflussnahmen aller Art verzichten muss, so gilt das nicht nur für die Justiz, sondern auch für Rats- und Kreistagssäle sowie für alle öffentlichen Schulen und das Militär: Der Staat darf nicht von sich aus zugunsten der einen oder anderen Richtung Stellung nehmen (Neutralität), sei es durch Verwendung eines religiösen Symbols, finanzieller Förderung oder verbaler Einflussnahme wie im christlich fundierten „Lebenskundlichen Unterricht“ der Bundeswehr, der seit 2009 sogar für Nichtchristen verbindlich ist: ein krasser Verstoß gegen die Religionsfreiheit (Art. 4 GG).

Die jetzt wenigstens teilweise erfolgte Normalisierung der Neutralitätsfrage in NRW wirft Fragen auf. Etwa die, wann auch in Bayern, wo in Amts- und Landgerichten, Gemeinderatssälen und Kreistagssälen flächendeckend (oft sehr große) Kreuze und Kruzifixe angebracht sind, das GG besser beachtet wird. Wie viel Vertrauen verdienen Richter, die Angst davor haben, auf einer verfassungsgemäßen Ausstattung ihrer Sitzungssäle zu bestehen? Wer das alles vertiefen möchte, kann das in meinem einschlägigen Lexikonartikel nachlesen.

Das Kreuz in der Schule

Ein besonderes Kapitel ist die staatliche Verwendung des Kreuzsymbols in Schulen. Selbst in Bayern ist sie bezeichnenderweise nur für die Grund- und Hauptschulen vorgeschrieben (trotz BVerfG, siehe oben, eingangs). Gegen opponierende Lehrer wird es unerbittlich verteidigt. In ausgesprochen katholischen Gegenden ist eine Entfernung der Kreuze freilich ein schwerwiegendes Problem. Denn die große Mehrheit der Eltern und Lehrer betrachtet das Kreuz als ihr persönliches Recht, das sie sich nicht nehmen lassen wollen: eine Konsequenz jahrzehntelanger systematischer Falschinformation, nicht bösen Willens. Auf die zumindest diskutierfähige Idee, das Problem durch private Initiative der Eltern abzumildern, ist man (bewusst?) noch nicht gekommen: Man könnte Eltern bzw. Schülern erlauben, in Eigeninitiative Kreuze an unaufdringlicher Stelle im Klassenzimmer anzubringen, wenn eine nachgewiesene Mehrheit (geheime Befragung) das ausdrücklich wünscht und niemand widerspricht (staatliche Duldung). Aber in Bayern scheint man den Kulturkampf vorzuziehen. In NRW ist man auch da schon viel weiter.

Zur Einführung in die Gesamtproblematik Staat-Religion-Neutralität sei auf meinen Überblicksaufsatz „Religionsverfassungsrecht im Grundgesetz“ verwiesen.

Die weitere Entwicklung wird spannend. Ein bayerischer nichtreligiöser Hauptschullehrer hat nach gerichtlichem Misserfolg im Februar 2010 Verfassungsbeschwerde zum BVerfG erhoben. Gegen das Schulkreuz-Urteil des Straßburger EGMR vom 3.11.2009 hat die italienische Regierung die Große Kammer des Gerichtshofs angerufen, die endgültig entscheiden wird.



©Rolf Heinrich 1997

Hinweis: Der Autor ist Verfasser von: Religion und Weltanschauung in Gesellschaft und Recht. Ein Lexikon für Praxis und Wissenschaft. Alibri, 2009. 400 Seiten in übersichtlichem Kleindruck, gebunden, Euro 39.-, ISBN 978-3-86569-026-2

Das Buch ist auch im denkladen erhältlich.

Kunstaussstellung 8 Mär 2010 - 11:45 Nr. 8995

Fragile Körper in fragilen Zeiten



Galerist Mirko Freiwald in der Ausstellung / Foto: Susan Navissi

BERLIN. (hpd) Die Auseinandersetzung mit dem Körper beschäftigt die moderne iranische Kunstszene nicht erst seit Shirin Neshat. Sie ist elementarer Bestandteil der gegenständlichen Kunst, und nicht nur dieser - was ist uns näher als unser Körper? Notizen eines Gesprächs mit dem Galeristen der Werkstattgalerie, Mirko Freiwald.

Die Auseinandersetzung mit dem Körper beschäftigt die moderne iranische Kunstszene nicht erst seit Shirin Neshat. Sie ist elementarer Bestandteil der gegenständlichen Kunst, und nicht nur dieser - was ist uns näher als unser Körper?

In Berlin werden in diesen Tagen einige Werke von fünf iranischen KünstlerInnen ausgestellt, die das sensible Thema Körper thematisieren.

Mitra Farahani, Fereydoun Ave, Narmine Sadeg, Nikoo Tarkhani und Ramin Haerizadeh zeigen je verschiedene Techniken, andere Motive, unterschiedliche Herangehensweisen bei der Darstellung der Körper. Was sie vereint ist die hohe künstlerische Qualität ihrer Arbeiten und ihre Herkunft, ihre Wurzeln.

Mirko Freiwald, seit 3 Jahren Galerist der Werkstattgalerie in Schöneberg entschied sich aus verschiedenen Gründen, diese Werke in seiner Galerie auszustellen. So sollte es um Kunst aus Iran gehen und schon bald kristallisierte sich heraus, dass das Thema KÖRPER der rote Faden sein würde. Die Zusammenarbeit mit den Kuratoren Edward Lucie-Smith und Janet Rady, SpezialistInnen für Kunst aus dem Nahen Osten, ermöglichte diese spannende Ausstellung, die eine Brücke baut für jene, die sie nutzen möchten - um Einblicke zu bekommen, die über Horrormeldungen über vermeintliche Atombomben weit hinausgehen und die zeigen, dass Iran wohl nicht nur den Wunsch nach einer

Atombombe mit der „westlichen“ Kultur teilt (eigene ironische Anmerkung) sondern auch die differenzierte Auseinandersetzung mit Körpern, Sexualität, Tod und Leben, Weiblichkeit und Männlichkeit.

Diese Mehrdimensionalität, die den vermeintlichen Kampf der Kulturen, den S. Huntington besang, so blass und unsinnig erscheinen lässt, ist es, die Auseinandersetzungen im Sinne von Aufklärung ermöglicht und fördert.

Mirko Freiwald schätzt an dieser Ausstellung besonders die Mischung aus traditionellen Elementen und modernsten Techniken. Ausgedrückt durch z.B. Rostam, (einer Figur aus dem Schahnameh, dem iranischen Nationalepos) der mit den modernen Mitteln der Collage dargestellt wird. Ornamente, die sich auf surrealistischen Bildern wieder finden oder die Aussage: This is not a woman, Titel von Bildern, die er nicht nur für iranische Verhältnisse sondern global bedeutsam findet.

Er bedauert, dass die Auseinandersetzung der deutschen Presse mit dieser Ausstellung bisher sehr auf die politisch brisante Lage in Iran fixiert war und der Kunst, deren qualitative Auswahl eine wundervolle Gelegenheit zu einer anderen als rein politischen, kognitiven Auseinandersetzung mit Iran bietet, kaum Beachtung geschenkt wurde.

Auch von andere Seite gibt es mittlerweile „Feuer“: das iranische Kulturministerium hat in einer offiziellen Verlautbarung die hier gezeigte Kunst als "nicht-iranische" gebrandmarkt.

Das erinnert an andere Diktaturen und deren Unfähigkeit, Kunst als Bücke, als teils nonverbale Kommunikation und Ausdrucksform zu schätzen...

Mirko Freiwalds Lieblingsstücke:

Ein dreiteiliges Werk, das als Raumteiler dient, aber in der Galerie wie ein Altar an der Wand hängt. Freiwald schätzt hier die verschiedenen möglichen Lesarten, die das Bild bietet. Von links nach rechts, wie ein Film (Farahani arbeitet auch mit Film); die Präsentation des männlichen Körpers, die für eine so junge Künstlerin einerseits erstaunlich abgeklärt und unterkühlt wirkt, fast respektlos aber von so exzellenter malerischer Qualität ist, dass die BetrachterInnen gefangen sind. Diese flexible Deutungsart stellt einen Vorteil dar, wenn es zu der gefürchteten Zensur bei einer iranischen Ausstellung kommt, denn nur diese lässt den KünstlerInnen die Chance einer Ausstellung.



Mitra Farahanis *HAMMAM*



Fereydu Ave: *Rostam in late summer revisited*

In den Rostam Bildern wird das Schahnameh thematisiert, in dieser orientalischen Herkunft etwas Neues zu entdecken, zu sehen, wie sich Altes mit Neuem verbindet, Traditionelles neu ausgedrückt wird, das ist für ihn immer wieder interessant.

Bis zum 12.3.2010 kann diese Ausstellung besucht werden. Empfehlenswert!

Susan Navissi



Iranian bodies in Berlin

19. 02. 2010 – 12. 03. 2010

Werkstattgalerie

Öffnungszeiten: Di-Fr 12-20 Uhr, Sa 12-18 Uhr

Eisenacher Straße 6

(Nähe Nollendorfplatz U1-U4, Bus M19, 187)

10777 Berlin; Tel.: 030 21002158

Kommentar 8 Mär 2010 - 10:58 Nr. 8992

Die guten Hirten



Foto: freidenker.at

WIEN. (fdb/pd) Irland, Deutschland, Österreich. Die katholische Kirche kämpft mit Vergangenheit und Gegenwart. Pfarrer missbrauchen Kinder, Kirchenobere vertuschen. Zumindest war das bis vor kurzem so. Seit kurzem will auch die Kirche die sexuelle Gewalt gegen Kinder in den eigenen Reihen bekämpfen. Ein Kampf, der bislang offenbar gescheitert ist. Warum, analysiert Viktor Englisch.

Mit Christoph Schönborn, dem Erzbischof von Wien, muss dieser Tage selbst ein hartgesottener Kirchengegner Mitgefühl haben. Es ist ihm anzumerken, wie schwer er sich tut, die neuen Fälle von Kindesmissbrauch in der katholischen Kirche, die bekannt wurden, anzusprechen. Er und die anderen Bischöfe erwecken den Eindruck, als hätten sie einigermaßen verstanden, was da über Jahrzehnte Kindern und Jugendlichen angetan wurde und immer noch wird. Und innerhalb dessen, was sie sich vorstellen können, versuchen sie vermutlich auch ihr Möglichstes, das zu verhindern.

Allein, das können sie nicht, ohne die Struktur zu zerstören, in der und für sie leben. Jeder Versuch einer Religionsgemeinschaft, nicht nur der katholischen Kirche, zu verhindern, dass Kinder von ihren Geistlichen oder Angestellten sexuell missbraucht werden, ist zum Scheitern verurteilt. Es scheitert daran, dass Sexualität in diesen Reihen tabu ist. Es scheitert daran, dass Autoritätshörigkeit, unbedingtes Vertrauen bis hin zur Unterwürfigkeit die psychologischen Fundamente einer Religionsgemeinschaft sind. Es scheitert auch daran, dass das hieße, ein patriarchales Weltbild zu zerstören, das alle größeren Religionsgemeinschaften dieser Welt in der einen oder anderen Form propagieren und das ihr Überleben ermöglicht.

Bei der katholischen Kirche kommt das Problem Zölibat hinzu. Nicht, dass er direkt für Kindesmissbrauch verantwortlich würde. Ein Mann vergeht sich nicht aus lauter sexuellem Frust an einem Kind. Dafür stehen ihm andere Möglichkeiten zur Verfügung. Wozu haben Klöster Alimentefonds? Und die Parties im St. Pöltner Priesterseminar sollen auch keine Teekränzchen

gewesen sein. Pädophilie hat nichts mit sexueller Unbefriedigung zu tun. Aber der Zölibat erklärt Mitglieder des katholischen Klerus zu asexuellen Wesen. Da kann die Wachsamkeit eines Vorgesetzten oder der Umgebung schon mal nachlassen.

Kultur des Vertuschens

Das befördert auch eine Kultur des Vertuschens und Wegschauens, die ihresgleichen sucht. Schon wenn ein Pfarrer mit einer Frau zusammenlebt, trifft ihn der Bannstrahl der Kirche. Homosexuelle werden mit einer gewissen Vorliebe in Frauenklöster versetzt. Allerdings nur, sobald öffentlich über die Affären gesprochen wird. So lange es geheim bleibt, sieht man gnädig über derlei Dinge hinweg. Man will es nicht wissen. Um wie viel einfacher ist es mit dieser Sicht der Dinge, über Gerüchte hinwegzusehen, ein Pfarrer vergehe sich an Kindern.

Ein Bewerber um die Weihen muss nachweisen, dass er potent ist. Mehr nicht. In einer Einrichtung, in der Sex tabu ist, käme niemand auf die Idee zu fragen, was bei ihm sexuelle Erregung auslöst. Und die meisten Anwärter kommen aus einem Umfeld, in dem sie nicht gelernt haben, das zu artikulieren. Sofern sie überhaupt über hinreichende Erfahrungen gemacht haben, um es selbst zu wissen. So erkennt man ganz bestimmt keine Pädophilen.

Kein Vertrauen in Ombudsstellen?

Man muss der katholischen Kirche in Österreich zugestehen, dass sie aus den Skandalen der vergangenen Jahre gelernt hat. Ombudsstellen oder die Leitungen der Diözesen nehmen wirklich Kontakt zur Polizei auf, sobald ein begründeter Verdacht besteht, ein Priester habe eine Vorliebe für Kinder. Und der Ombudsmann der Erzdiözese Wien fordert angesichts seiner Erfahrungen sogar, die Verjährungsfrist für Kindesmissbrauch müsse verlängert werden. Die beginnt laut aktueller Rechtslage mit dem 18. und endet mit dem 28. Geburtstag eines ehemaligen Opfers - . Findet es bis dahin kein Worte für sein Leiden, geht der Täter straffrei aus. Und es ist eher die Regel als die Ausnahme, dass es länger dauert, bis die Narben so weit verheilt sind oder der Leidensdruck so groß, dass sich die Opfer jemandem anvertrauen können. Der Ombudsmann fordert, dass die Verjährungsfrist mindestens 20 Jahre dauern soll.

18 bis 20 Betroffene oder ihre Angehörige wenden sich jährlich an die Ombudsstellen. Oft nach jahrzehntelangem Schweigen. Vermutlich nur ein Bruchteil der wirklichen Opfer priesterlicher Übergriffe. Wirklich groß scheint das Vertrauen nicht zu sein. Wenn man bedenkt, dass den Betroffenen jahrzehntelang gesagt wurde, sie sollten schweigen, dass ihnen niemand glaubte, oft nicht einmal die eigenen Eltern, und wenn, dass man ihnen sagte, das sei halb so wild, dass sie erlebt haben, dass den Tätern nichts passierte - wenn man das alles

bedenkt, überrascht es wenig, dass sich ehemalige Opfer nicht gerade darum reißen, sich an kirchliche Stellen zu wenden. Die katholische Kirche hat noch viel zu beweisen. Die einzige Möglichkeit wäre eine systematische Aufarbeitung. So groß ist dann die Begeisterung der Bischöfe auf wieder nicht. Und der öffentliche Druck fehlt. So haben die Ombudsstellen, bei allem Bemühen, das sie um die Opfer zu haben scheinen, den schalen Beigeschmack des Placebos für die Öffentlichkeit.

Phänomenales Unverständnis

Die jüngste Stellungnahme der katholischen Bischofskonferenz zeigt ein Mitgefühl für die Opfer und den Wunsch, den Menschen zu helfen, deren Leben zerstört wurde. Und ein phänomenales Unverständnis für strukturelle Verantwortlichkeiten, die jegliches Mitgefühl mehr als wettmachen. Im wesentlichen geht man immer noch davon aus, dass kinderschändende Priester tragische Einzelfälle sind, die man vielleicht durch die eigene Vertuschung unlautererweise geschützt hat. Das ist nur die halbe Miete.

Es stimmt, wenn Schönborn sagt, dass die meisten Missbrauchsfälle innerhalb der Familie stattfinden. Spricht das die katholische von ihrer Verantwortung frei? Keineswegs. Gerade sie ist es, die ein Familienbild propagiert, das tausende Kindesvergewaltigungen in Österreich jedes Jahr ermöglichen. Die heile, die unauflösbare Familie, in der alle Probleme mit Beten und Verzeihen aus dem Weg geräumt werden. Ein Weltbild, in dem Menschen Kraft ihrer Funktion unhinterfragbare Autorität haben. Autoritäten, denen man sich unterzuordnen und bedingungslos anzuvertrauen hat.

Nirgends wird das so deutlich wie in der Beichte. Wer Kinder zur Beichte zwingt, darf sich nicht wundern, wenn sie sich gegen Männer, die sich an ihnen vergehen, nicht zur Wehr setzen können. Der Beichtstuhl ist die praktizierte Unterordnung unter den Hirten, die praktizierte Erniedrigung der kindlichen Seele. Zusätzlich wird den Kindern hier das Bewusstsein der Grundschild eingepflegt. Das verstärkt kindliche Tendenzen, sich als Schuldiger und nicht als Opfer zu fühlen, wenn sich ein Mann an ihnen vergeht. Sei es der eigene Vater, Bruder oder ein Pfarrer.

Das ist eine gesellschaftliche Verantwortung, die die katholische Kirche trägt. Sicher trifft das auch hierzu-

lande auch auf andere gesellschaftliche Gruppen zu. Die Kirche allerdings heftet sich das auf die Fahnen und reklamiert allgemeine Bewunderung ob ihrer angeblichen ethischen Autorität (nebst reichlich fließenden öffentlichen Mitteln). Und sie bekämpft mit Zähnen und Klauen eine Gesellschaft, die diese Grundübel entsorgt. Wer das traditionelle Familienbild infrage stellt, propagiert nach katholischem Verständnis den Zusammenbruch der sittlichen Ordnung. Und damit irgendwie den Weltuntergang als solchen. Zumindest langfristig. Siehe den Kampf gegen die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften. Oder gegen das Recht der Frau auf den eigenen Körper.

Der Kampf um eine hierarchische und patriarchale Gesellschaft ist eine Lebensbedingung für die katholische Kirche. Nur in einer solchen kann sie ihre Strukturen aufrecht erhalten, ihre Ideologie verbreiten. Dass sich die Gesellschaft geöffnet hat, erklärt auch die schwindende Bedeutung der katholischen Kirche. Bei allem Bemühen – so verbiegen, dass sie in diese moderne Welt hineinpasst, kann sie sich nicht. Das hieße, ihr Innerstes zu verleugnen und zu zerstören. Natürlich gilt das nicht nur für die katholische Kirche – aber sie ist in dieser Hinsicht wesentlich stärker an die Voraussetzungen gebunden als Religionsgemeinschaften, die ahierarchischere Vorstellungen von den Dingen haben.

Im Widerspruch zu den hierarchischen und autoritären Strukturen steht der Anspruch, Hüterin der Ethik und Beschützerin der Schwachen zu sein. Ein Anspruch, dem die katholische Kirche nie gerecht wurde. Ein Anspruch, dessen Leere besonders deutlich wird, wenn bekannt wird, dass katholische Pfarrer Kinder systematisch missbrauchen.

Das ist auch der Grundwiderspruch, an dem der katholische Kampf gegen Kindesmissbrauch in den eigenen Reihen scheitern muss und scheitert. Das Mitgefühl Schönborns kann die Struktur nicht wettmachen. Noch weniger kann und will Schönborn die inneren Strukturen, die den Missbrauch ermöglichen, zerschlagen. Das hieße, die Kirche in die Moderne zu führen. Daran würde sie zerbrechen.

Interview 8 Mär 2010 - 09:25 Nr. 8988

Drei Fragen an... Rainer Statz



Foto/Montage: Evelin Frerk, unter Verwendung Szenenbild Musical "In Nomine Patres"

LUDWIGSHAFEN (hpd) **Am Wochenende 13./14. März findet die vom Dachverband Freier Weltanschauungsgemeinschaften (DFW) und dem Internationalen Bund der Konfessionslosen und Atheisten (IBKA) organisierte Tagung „Religiöse und weltanschauliche Meinungsfreiheit“ statt. Im Vorfeld stellt hpd die Referenten und ihre zentralen Thesen in Kurzinterviews vor.**

hpd: Blasphemie bedeutet Gotteslästerung – was gibt es denn über jemanden, der gar nicht existiert, Anstoß Erregendes zu erzählen?

Rainer Statz: Die Götter, die durch den Blasphemie-Paragrafen geschützt werden sollen, existieren in den Köpfen und in der Phantasie vieler Menschen; diese Menschen brauchen Götter, sie sind für sie etwas Wichtiges, etwas Unantastbares, etwas Heiliges – rundweg ein Tabu, an das man nicht rühren darf, schon gar nicht kritisch oder verletzend. Durch Blasphemie geschieht den Göttern tatsächlich nichts, sie stehen so hoch über allem, dass sie das alles nicht berühren oder gar erschüttern kann.

Betroffen, getroffen oder gar verärgert sind die in selbstverschuldeter Unmündigkeit verharrenden Gläubigen, sie brauchen die Götter unversehrt, nur sie verlangen Bestrafung. So jedenfalls war es über Jahrtausende. In unserer aufgeklärten Zeit, in der sich der Staat weitgehend aus der Gottesverehrung zurückgezogen hat, straft er nicht mehr die Beschimpfung von Göttern oder die Missachtung religiöser Gefühle von Gläubigen, er sorgt sich um die öffentliche Sicherheit und um den öffentlichen Frieden.

hpd: Um welche Themen geht es, wenn Meinungen Gefahr laufen, als blasphemisch verfolgt zu werden?

Rainer Statz: Zunächst geht es um Macht: Glaubensfunktionäre sehen nicht nur ihre Idole sondern auch ihre Machtposition in Gefahr, wenn ihre Götter angegriffen

werden. Und damit geht es dann auch um den Verlust von Ansehen und Prestige, wenn jemand über die Götter spottet oder lästert.

Aber was sind das eigentlich für Wesen, diese Götter? Unser abendländisches Denken wird diesbezüglich sehr stark geprägt vom jüdisch-christlichen Gottesbild und von den Göttern der Griechen und Römer: das waren überwiegend Halbgötter mit viel menschlichen Eigenschaften und menschlichen Schwächen: Machtstreben, Rivalität, Eifersucht, Neid, Stolz und Sexualität. Darüber berichten uns die „heiligen“ Bücher und die Göttersagen. Wenn man nun diese göttlich-menschlichen Defizite thematisiert und kritisch darstellt, kommt man schnell in den Bereich der Gotteslästerung und wird dafür verurteilt.

hpd: Welche Auswirkungen hat der § 166 StGB auf Meinungsfreiheit und Religionsfreiheit?

Rainer Statz: Die beiden genannten Freiheiten sind durch unser Grundgesetz sehr gut geschützt: Als Grundrechte sind sie in erster Linie Abwehrrechte des Bürgers gegen den Staat; es sind aber auch Rechte, die der Bürger gegen andere Bürger oder nichtstaatliche Organisationen durchsetzen kann. Wenn nun in einem Meinungsstreit ein Bürger sich auf Religionsfreiheit und sein Opponent sich auf Meinungsfreiheit beruft, dann muss im Einzelfall abgewogen werden; das machen dann notfalls die Gerichte. Inzwischen gibt es dazu so viele Grundsatz-Urteile, dass man sich meist schon im Vorfeld einer juristischen Entscheidung ganz gut daran orientieren kann.

Und was die Blasphemie betrifft, so hat unsere letzte Strafrechtsreform darauf sehr klug reagiert: Sie schützt nicht mehr die Götter, sondern den öffentlichen Frieden, wenn er durch Beschimpfung religiöser Bekenntnisse gestört sein könnte oder konkret gestört wird. Dazu muss man aber schon sehr schwere Geschütze aufahren; kritische Bemerkungen – auch wenn sie überzeichnet oder aggressiv sind – reichen da meist nicht aus. Seine Meinung kann man da durchaus sehr deutlich zum Ausdruck bringen, das muss eine Religion oder Weltanschauung heute schon aushalten.

Natürlich gibt es immer wieder sensible Gemüter, die gleich nach dem Staatsanwalt rufen, aber dagegen muss man sich dann zur Wehr setzen und seine Meinungsfreiheit verteidigen.

Die Fragen stellte Martin Bauer.

Rainer Statz ist Verwaltungsjurist im Ruhestand mit besonderem Interesse für Götter, Religionen und Religionswissenschaft. Er ist Mitglied im Internationalen Bund der Konfessionslosen und Atheisten sowie Fördermitglied in der Giordano Bruno Stiftung und im Dachverband freier Weltanschauungsgemeinschaften. Auf der Tagung wird er zum Thema „Meinungsfreiheit und Blasphemie“ referieren.

Identität 5 Mär 2010 - 10:03 Nr. 8981

Ein liberales Manifest zu den europäischen Werten



Guy Verhofstadt / www.liberales.be

BRÜSSEL. (hpd) In Auswertung der auch durch ihn initiierten Diskussion über die französische Initiative der „nationalen Identität“ und die auch in Deutschland aktuellen „nationalen Werte“, hat der Vorsitzende der „Europäischen Liberalen und Demokraten“ im EU-Parlament, Guy Verhofstadt, unter der Überschrift „Europa, soll postnational oder nicht sein“ einen bemerkenswerten Essay veröffentlicht.

Er widerspiegelt exemplarisch eine klassische liberale Position zu den Menschenrechten und der Aufklärung, sowie – und hier ähnelt sie überraschenderweise die der linken französischen Freidenker - zum Kommunitarismus in Europa:

Mein Kommentar zur Debatte über die nationale Identität in Frankreich (Le Monde vom 11. Februar) provozierte - wie könnte es anders sein - geteilte Reaktionen. Es gab viele Hunderte zustimmender Kommentare von Lesern der Zeitung selbst. Und es gab starke negative Reaktionen der französischen Würdenträger, an der Spitze Außenminister Kouchner. Sie reagierten, als ob sie von einer Wespe gestochen wurden. Nicht ganz ehrlich, vermute ich. Vom ehemaligen Gründer von „Ärzte ohne Grenzen“ erwartet man eher Zustimmung als Ablehnung. Aber auch Kouchner wird wahrscheinlich der Redewendung „que la fonction crée l'homme“ (die Funktion erzeugt den Menschen) nicht entkommen.

Die vorgetragenen Argumente waren vorhersehbar. Die Stellungnahme wäre "eine verbal abwertende Schimpferei an die Adresse der französischen Republik". Jetzt wo ich erneut den Text lese, kann ich nicht im Geringsten ein böses Wort gegen Frankreich oder die französische Republik finden. Im Gegenteil. Der Text strahlt eine warme Zuneigung, fast Liebe für unsere südlichen Nachbarn aus. Frankreich wird eine Leuchtbake genannt. Auf's Korn genommen wird lediglich die unsinnige Initiative der französischen Regierung, eine öffentliche Debatte über die "nationale Identität" zu

starten, was eindeutig ein Versuch war, vor den bevorstehenden Landtagswahlen Stimmen von der Front National zu holen. Es ist typisch für politische Machtinhaber - ich weiß, wovon ich spreche, denn ich habe mich oft daran beteiligt -, dass sie nicht mehr den Unterschied merken zwischen ihren eigenen Handlungen wie Entscheidungen und die des Landes und der Leute, über die sie regieren.

Nach einigen Jahren an der Macht, identifizieren sie sich derart mit dem Gebiet, das sie verwalten und den Menschen, die dort wohnen, arbeiten und leben, dass jeder Angriff auf ihre eigenen Ideen und Aktionen als einen Angriff auf das Land und seine Landsleute interpretiert wird. Aus den gleichen Gründen wurde ich vor ein paar Jahren des Antiamerikanismus und der Feindseligkeit gegenüber Großbritannien beschuldigt. Nur weil ich bis zum Ende die Invasion des Iraks ablehnte. Auch jetzt noch besteht Tony Blair weiterhin darauf, dass er die richtige Entscheidung getroffen hatte. Vielleicht wird es nicht anders mit Besson, Kouchner oder Fillon laufen - obwohl sie es bereits heute besser wissen – und morgen und übermorgen hartnäckig darauf bestehen werden, dass die öffentliche Debatte über die "nationale Identität" in Frankreich eine heilsame Übung gewesen sei.

Auch der zweite Einwand gegen meine Meinungsäußerung war durchschaubar und war im Voraus abzusehen. "Ein Fremder", besagt er, dürfe keine Meinung über etwas haben, dass letztlich nur die Franzosen etwas angehe. "Sic" könnte man sagen. Gibt es ein besseres Argument, um den schmutzigen Charakter der Initiative zu illustrieren, als "Ausländer", "Fremde", kurz "Nicht-Franzosen" von der Debatte auszuschließen? Ich glaube nicht. Es zeigt deutlich, wozu eine Debatte über die "nationale Identität" immer führt, nämlich zum Nationalismus, zur Ausgrenzung der anderen, das Verketzern des Fremden. Es führt zu Fremdenfeindlichkeit und Rassismus, wie die vielen spontanen und massiven Beiträge zur "Aussprache" gezeigt haben.

Aber es ist auch falsch zu glauben, dass "Identität" ein Thema ist, das nur Frankreich und die Franzosen etwas angeht. Es ist ein Problem, dass jedes Mitglied der Europäischen Union gleichermaßen berührt. In fast allen europäischen Ländern wütet heute eine Debatte über unsere soziale, kulturelle oder politische Identität. Das ist das neueste Kleidchen, das den alten Nationalismus schmücken soll. Ein neuer Weg um sich klarer von seinen multinationalen und multikulturellen Feinden zu unterscheiden, beginnend mit den republikanischen Werten, die Frankreich wie kein anderes Land verkörpert. Werte die auch die Grundlage der Europäischen Union bilden und die heute unter Beschuss liegen.

Dass die Identitätsidee die neueste Verschleierung des nationalistischen Denkens ist, wird am besten durch die

Reaktionen auf die Stellungnahme in meinem eigenen Land illustriert, in Belgien. Besonders extrem flämische Nationalisten waren durch die Botschaft verärgert. Und das sollte bei den Vertretern der französischen Republik eine Alarmglocke läuten lassen. Denn wie zum Teufel ist es möglich, dass diejenigen, die die Erben der Französischen Revolution und der Aufklärung sind, die gleiche Sicht auf die europäische Gesetzgebung haben, wie die eifrigsten Anhänger des engen kulturellen oder ethnischen Nationalismus? Welche von beiden liegt falsch? Wer entscheidet hier falsch? Die Antwort auf diese Frage ist leicht zu finden. Es genügt, einen Blick zurück in die Vergangenheit zu werfen, auf das Ende des 18. Jahrhunderts, den Vorabend der Französischen Revolution: Wie damals in voller Kraft eine Debatte losbrach, welche das politische Denken des gesamten 19. und einen Großteil des 20. Jahrhunderts beherrschte. Der Kampf zwischen Herder und Kant, zwischen Geist des Volksgeistes und der Aufklärung, der Kampf zwischen der Seele der Nationen, dem Verherrlichen seiner eigenen nationalen Identität, der übermächtigen Gültigkeit der Tradition und Gewohnheit und dem Glauben im Allgemeinen einerseits, und den unvergänglichen, universellen menschlichen Werten andererseits.

Wie Alain Finkelkraut in „*Der Niedergang des Denkens*“ zeigt, kann Herder als der Begründer des Identitätsdenkens betrachtet werden. Und das in vielen verschiedenen Formen, wie die Verherrlichung des eigenen Volkstums, die Beseitigung von Wörtern ausländischer Herkunft, die Wiederentdeckung der Volkslieder, der Rückkehr in die Vergangenheit und die sogenannte Authentizität. Alles dies ist notwendig, sagen seine Fans, weil die Aufklärung dem Menschen seine Wurzeln genommen und ihn in einen luftleeren Raum gestellt hat. Die Nation ist kein Gesellschaftsvertrag, ein Zusammenschluss von selbstständigen Menschen, aber eine dem Menschen übergeordnete Organisationsform. Nicht der Mensch schafft die Gesellschaft, er oder sie ist in eine bestehende Gemeinschaft hinein geboren, an die er oder sie sich anpassen muss. Die Nation ist der menschliche Lebensatem. Ohne sie stirbt er.

Nach Ansicht von Herder ist es sogar ein Fehler, von „Menschen“ zu sprechen. Es gibt keine Menschen. Es gibt nur Franzosen oder Deutsche oder Belgier. Es ist das kollektive Unbewusste, das in jeder Gesellschaft unterschiedlich ist, das die treibende Kraft der Gesellschaft ist. Vorurteile, Tradition, Obskurantismus, Konformismus sind dabei positive Kräfte, welche die Nation kräftig, gesund und blühend erhalten. Demokratie und rationales Denken untergraben im Gegensatz dazu die Gesellschaft. Die Entdeckung der "nationalen Identität" ist daher der notwendige Suchpfad zum kollektiven Unbewussten, das alle zusammen führt und hält.

Vielleicht wäre diese Kontroverse eine rein philosophische Debatte geblieben, wenn nicht im Jahre 1789 die Französische Revolution ausgebrochen wäre. Die Ideen der Aufklärung siegten. Die republikanischen Werte der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit wurden

durch das revolutionäre Frankreich mit Waffengewalt in ganz Europa verbreitet. Es war eine Revolution ohne Grenzen, für eine Republik, die übrigens alle Bürger umfasste. Napoleon wurde schließlich durch eine Koalition von europäischen Staaten geschlagen. Aber die Ideen der Französischen Revolution und der Aufklärung konnten nicht mehr durch Waffen bezwungen werden.

Viele Jahrzehnte standen sich so zwei Europas fast unversöhnlich gegenüber. Ein aufgeklärtes, republikanisches sowie revolutionäres Europa und ein konservatives, traditionelles, auch monarchistisches Europa. Ein Streit zwischen einer wesentlich französischen, rationalen und universellen Vision des Zusammenlebens und dem deutschen emotionalen und identitären Ansatz. Deutscher bist Du, Franzose wirst Du. Eine Kontroverse, die ihren gewalttätigen Höhepunkt mit dem französisch-preußischen Krieg im Jahre 1870 erreichte. Es mussten noch zwei weitere folgen. Viele Franzosen und Deutschen mussten drei Kriege in einem Menschenleben erleben. Und der deutsche Dichter Heinrich Heine, der viele Jahre im Exil in Frankreich lebte, warnte schon früh vor einer "deutschen Antwort" auf die Französische Revolution. Eine Antwort, die 1933 von NS-Propagandaminister Goebbels als "das Ende der Französischen Revolution" beschrieben wurde.

Aber vielleicht bietet die Eroberung von Elsass-Lothringen durch die Deutschen im Jahr 1870 den besten Beweis für die Unvereinbarkeit zwischen den französischen republikanischen Werten und dem Konzept der "nationalen Identität". Für die Deutschen war die Annexion nur eine Frage der Eigenart. Ihrer Ansicht nach war die Eroberung legitim. Sowohl hinsichtlich Rasse, Sprache und historischer Tradition gehöre das Elsass-Lothringen zu Deutschland. "Nein", argumentierten die Franzosen, Renan an der Spitze. Es ist wohl wahr, dass die Leute dort zu der deutschen Rasse gehören, aber es ist ihr Wunsch, nicht zu Deutschland sondern zum französischen Staat zu gehören. Dieser Wille sei wichtiger als ihre Herkunft. Ein Wille, welchen die Delegierten aus dem Elsass-Lothringen, am Tag der Vertragsvereinbarung, der die Übertragung des Gebiets von Frankreich an Deutschland besiegelte, in der französischen Nationalversammlung erneut bestätigten.

Damit bewiesen die Elsässer, dass nationales Bewusstsein nicht aus einem unbewussten Determinismus stammt, so wie dies durch jede Form des Identitätsdenkens vorausgesetzt wird, sondern eine davon unabhängige Entscheidung ist. Die Nation ist ein Bund, "eine" wie Renan es ausdrückt „an jedem Tag erneute Volksabstimmung“. Der Mensch ist nicht der Gefangene seiner Identität oder der Nation, sondern deren Rechtfertigung. Das Wiederlesen von „*Qu'est qu'une Nation?*“ (Was ist eine Nation?) aus dem Jahr 1882 von Renan hätte genügt, um die heutigen französischen Machthaber erkennen zu lassen, dass sie sich irren. Damit sie erkennen, dass es keine Frage der Sprache, der Rasse, der Religion, der Interessen, der Geografie, oder sogar der militärischen Notwendigkeit, nicht eine Frage der gemeinsamen Geschichte, keine

feststehende Gegebenheit, nicht ein Zufall der Geschichte, kein vages Gefühl der Zusammengehörigkeit ist. Es wäre ausreichend gewesen, um sie verstehen zu lassen, dass eine Nation eine Frage der bewussten Solidarität, eine aktuelle Entscheidung ist, nach gleichen Gesetzen und Grundsätzen zusammenzuleben. *"Une nation suppose un passé, mais elle se résume dans le présent par un fait tangible: le consentement, le désir clairement exprimé de continuer la vie commune. Un plébiscite de tous les jours, comme l'existence de l'individu est une affirmation perpétuelle de la vie"*. (Eine Nation bedeutet eine Vergangenheit, aber sie fasst sich in der Gegenwart durch eine fühlbare Tatsache zusammen: die Einwilligung, das deutlich geäußerte Verlangen, das gemeinsame Leben fortzusetzen. Ein tägliches Plebiszit, so wie die Existenz des Individuums eine fortwährende Bekräftigung des Lebens ist.)

Bedeutet dies, dass "Identität" keine Rolle spielt? Dass sie sinnlos ist und keine Bedeutung hat? Nein. Im Gegenteil. Aber so wie am Ende des 18. Jahrhunderts sind wir wieder in einen Streit verwickelt, bei dem das Wort falsch verwendet oder schlimmer noch, missbraucht wird. Was im 18. Jahrhundert die Aufklärung war, ist jetzt die moderne globalisierte Welt. Eine Welt, die sich sehr schnell dreht und die Menschen ohne Sicherheiten und ohne Halt lässt. "Identität" spielt die Rolle der Bake oder des Ankers in diesen unsicheren Zeiten auf diesem wackeligen Planeten. "Die Menschen brauchen in dieser unsicheren Welt eine starke Identität", das ist das Credo. Ich bin natürlich der Letzte, der den Menschen so eine Bake oder Halt verweigert. Nur ist es überhaupt nicht sicher, dass "Identität", diese Fähigkeit hat. Es setzt voraus, dass "Identität" ein gemeinsames, ein kollektives Konzept darstellt. Eine Tatsache, die für jede Person einer gleichen Gesellschaft gilt und auf jede Person auch die gleiche Wirkung oder Wirkung ausübt. Und das ist nicht so. (Ob dies schade ist oder nicht, lasse ich unentschieden.) Oder zumindest nicht so stark wie die Anhänger der Identitätsgedanken das behaupten.

Zunächst einmal gibt es so viele Identitäten, wie es Individuen gibt. Jeder Mensch ist einzigartig. Und ihn unter eine Kategorie oder ein Etikett einzuordnen tut ihm Unrecht, schadet ihm, reduziert ihn zu einem Rädchen in einer Maschine, die "Gesellschaft" genannt wird. Amartya Sen hat in *„Identity and Violence - The Illusion of Destiny“* eindeutig den entscheidenden Unterschied zwischen der einzigartigen, unverwechselbaren Identität, die wir häufig in der politischen Rhetorik anwenden, und den vielfältigen Identitäten, die in der realen Welt leben nachgewiesen. Die einzigartige, einheitliche Identität ist eine Illusion. Eine gefährliche Illusion, die aus unserem Wunsch entsteht, die Welt nach Religion, Kultur, Nation oder Zivilisation zu klassifizieren. Der Glaube an diese Illusion bedeutet nicht mehr und nicht weniger, als dass wir auf jede Entscheidung über unsere eigene Existenz verzichten. Kurzum, dass wir keine Wahl über das, wer wir wirklich sein wollen, zulassen. Unser Schicksal liegt unwiderruflich fest, gebunden an der einzigartigen Identität, die für jeden in der Gruppe gleich ist. Alles, was

wir in unserem Leben zu tun haben, ist diese einzigartige, eindeutige Identität zu "entdecken".

Diese Illusion verrät, so Sen weiter, eine reduktionistische Sicht auf die Realität. Eine Vision, die nicht berücksichtigt, dass jede Person eine Vielzahl von anderen Identitäten und Eigenschaften besitzt. Gegen diese einzigartige und reduktionistische politische Sicht auf die Identität steht die Wahlfreiheit eines jeden Menschen in der realen Welt. Nicht, dass diese Wahl für alle gleich ist. Weit gefehlt. Und auch nicht, dass sie unendlich ist. Diese Wahl unterliegt in der Tat Beschränkungen oder Begrenzungen, die von Person zu Person unterschiedlich sind, Grenzen, die oft in der Vergangenheit liegen. Aber der Unterschied zu der reduktionistischen Auffassung der Identität besteht darin, dass die Menschen die Individualität und Persönlichkeit nicht nur erben, sondern zu einem großen Teil selber aufbauen und erschaffen, frei und bewusst. In der modernen Welt wird sich der Mensch mehr und mehr seiner Verantwortung für seine eigene Identität und Persönlichkeit bewusst. Und die Identität und Persönlichkeit wird immer nachdrücklicher eine Frage der eigenen Wahl, der eigenen Interpretation der Selbstentdeckung, kurzum eine Frage der persönlichen Freiheit und Verantwortung.

Auf jeden Fall besitzt die eindimensionale Suche nach der gemeinsamen "Identität" eine ganz andere Dimension. Sie führt zum Einsatz einer Anzahl ethnischer, nationaler, kultureller oder religiöser "Container" oder "Bunker" in der Gesellschaft, aus denen der Mensch nicht mehr entweichen kann oder darf. Zwangsläufig endet sie in Gewalt, Krawalle in der eigenen Nachbarschaft, in Hass und Krieg in der Welt. "L'identité meurtrier" (die mörderische Identität) wie Maalouf sie nennt. Das vergangene mörderische 20. Jahrhundert gab uns dafür das tragische Beispiel. Das 20. Jahrhundert hat uns gelehrt, dass die letzte Konsequenz des Identitätsdenkens die Gaskammern in Auschwitz sind. Und der Grund, warum dies so ist, ist nicht schwer zu begreifen. "Identität" bedeutet, einer Gruppe von Personen bestimmte Eigenschaften zuzuschreiben, die sich oft völlig von denen einer Gruppe mit einer anderen Identität unterscheiden. "Unterscheiden" bedeutet "anders". Und von "anders" ist es nur ein kleiner Schritt zu "feindlich".

Darüber hinaus führt "Identität" in erster Linie zu konformen Verhalten, bei dem das kritische Denken ausgeschaltet ist. Man gehorcht blind den Traditionen, auch wenn sie eine offene Diskriminierung anderer Rassen oder des anderen Geschlechts bedeuten. Schließlich werden Hass und Gewalt gegen diejenigen, die nicht die gleiche Identität haben, kaum kritisiert, geschweige denn verurteilt. Weil die Menschheit zu einer privaten Gruppe reduziert wird, besitzen die edlen Grundsätze wie Rechtsstaatlichkeit, Toleranz und Gewalt nur innerhalb der eigenen Gruppe Gültigkeit. Die "Identität", welche Serbien solange davon zurückhielt, ihre Kriegsverbrecher auszuliefern.



Die "Identität", welche deutsche Gerichte nach dem Zweiten Weltkrieg dazu brachte, ihre Nazis zu lächerlich niedrigen Strafen zu verurteilen. Die "Identität", welche die weltweite islamische Gemeinde davon zurückhält, Osama Bin Laden zu exkommunizieren.

Kurzum, "Identität" ist ein Begriff, auf dem unmöglich eine friedliche und wohlhabende Gesellschaft aufgebaut werden kann. Ein identitäre Gesellschaft ist eine Gesellschaft der Ausgrenzung und des Konflikts. Meistens ist es die letzte Zuckung einer Gesellschaft, die ihren Höhepunkt überschritten hat und die verzweifelt nach einer Wiederherstellung ihrer angeblich glorreichen Vergangenheit sucht. Aber ganz allgemein ist "Identität" ein Symptom unserer Unfähigkeit, die Welt so zu akzeptieren, wie sie ist. In diesem Sinne sagt Leonard

Donskis in „*Troubled Identität and the Modern World*“, dass eine Identitätskrise ein Pleonasmus ist, da die Verwendung des Wortes "Identität" symptomatisch ist für eine Gesellschaft in der Krise, eine Gesellschaft, die als unsicher und gefährlich wahrgenommen wird.

Jedenfalls ist die Zukunft von Europa weit entfernt von der Suche nach nationaler(n) Identität(en). Und natürlich liegt ihre Zukunft noch weniger in einer Addition von nationalen Identitäten. Das Europa von heute, als "l'Europe des Nations" (das Europa der Nationen) ist ein Relikt aus der Vergangenheit. Es ist ein Europa, das nicht imstande ist, seine Probleme zu lösen. Und es ist damit kaum ein Europa, das eine wichtige Rolle in der multipolaren Welt des 21. Jahrhunderts spielen wird. Kurz gesagt, die Zukunft Europas und die Europäische Union wird postnational sein oder nicht sein.

Übersetzung aus Liberales von R. Mondelaers

Verwandte Themen auf *hpd*

Die Werte der französischen Nation bleiben unklar (15.2.2010)

Werte der französischen Nation bleiben unklar (II) (17.2.2010)

Rezension 5 Mär 2010 - 09:57 Nr. 8980

Antisemitismus als negative Leitidee



(hpd) Der Politikwissenschaftler Samuel Salzborn will klassische und moderne Deutungen der Judenfeindschaft von Freud über Arendt bis Holz mit den Mitteln einer qualitativen Studie empirisch überprüfen.

Einerseits beeindruckt die Arbeit durch das entwickelte Problembewusstsein und die präsentierten Theorien, andererseits überzeugt deren Überprüfung anhand einer quantitativen Befragung mit nur sieben Personen nicht und lässt auch die Präsentation einer wirklich entwickelten Theorie des modernen Antisemitismus vermissen.

Über die Entstehung und Wirkung des Antisemitismus liegt mittlerweile eine umfangreiche Forschungsliteratur vor. Ausführliche Studien beschrieben die historische Entwicklung damit verbundener Einstellungen, interpretierende Werke präsentierten analytische Deutungen der unterschiedlichen jüdenfeindlichen Vorurteile. Bisher mangelte es jedoch an breiten entwickelten Erklärungsansätzen. Dies beklagt auch der Politikwissenschaftler Samuel Salzborn in seiner Studie „Antisemitismus als negative Leitidee der Moderne. Sozialwissenschaftliche Theorien im Vergleich“. Wie der Untertitel bereits andeutet, beabsichtigt er darin eine Auseinandersetzung mit den bisherigen theoretischen Modellen zur Judenfeindschaft. Sie sollen zum einen im Sinne eines empirischen Testes an der Realität überprüft und zum anderen hinsichtlich ihrer Erklärungskraft in ihrem Wechselverhältnis zueinander bestimmt werden. Kurzum, Inhalt und Praxis sollen als gemeinsame Bestandteile einer besonderen Ideologie Beachtung finden.

Zunächst geht Salzborn auf die Bedeutung des Themas, die Entwicklung der Fragestellung und den Stand der bisherigen Forschung ein. Danach folgt als erstes große Kapitel eine Darstellung und Untersuchung wichtiger sozialwissenschaftlicher Theorien über Antisemitismus, wobei die Deutungen einzelner klassischer und neuerer Autoren präsentiert werden: Sigmund Freud, Talcott

Parsons, Jean-Paul Sartre, Ernst Simmel, Max Horkheimer/Theodor W. Adorno, Hannah Arendt, Béla Grunberger, Shulamit Volkov, Moïse Postone, Zygmunt Bauman und Klaus Holz. Dem schließt sich die empirische Prüfung von deren theoretischen Annahmen an, wozu die Ergebnisse einer eigenen qualitativen empirischen Studie mit sieben Interviews genutzt werden. Danach folgt eine qualitative Auswertung der einzelnen und eine systematische Auswertung aller Interviews. Und schließlich nimmt der Autor eine bilanzierende vergleichende Betrachtung in Richtung einer Theorie des modernen Antisemitismus vor.

Bilanzierend heißt es: „Antisemitismus, so lassen sich die strukturellen wie individuellen Faktoren zusammenfassen, ist – mit Horkheimer/Adorno und Arendt gesprochen - letztlich eine Art zu denken und – mit Sartre und Clausen - eine Art zu fühlen: Antisemitismus ist zugleich Unfähigkeit wie Unwilligkeit, abstrakt zu denken und konkret zu fühlen; im Antisemitismus wird beides vertauscht, das Denken soll konkret, das Fühlen aber abstrakt sein. ... Der antisemitische Wunsch, konkret zu denken, wird ergänzt um die Unfähigkeit, konkret zu fühlen; die Weltanschauung soll konkret sein, das Gefühl aber abstrakt – was sowohl die intellektuelle, wie die emotionale Perspektive einer Inversion unterzieht, die psychisch aufgrund ihrer Dichotomie zu inneren Konflikten führen muss. Auf der weltanschaulichen Ebene ist Antisemitismus damit eine dezisionistische Haltung zur Welt, eine radikale bewusste wie unbewusste Entscheidung für den kognitiven und emotionalen Glauben an den Manichäismus der antisemitischen Phantasie“ (S. 334).

Das Urteil über Salzborns Studie fällt ambivalent aus: Einerseits zeichnet sie sich durch einen erkenntnisfördernden Ansatz aus, will der Autor doch Theorien über den Antisemitismus empirisch überprüfen. Dazu präsentiert er die einzelnen Ansätze komprimiert und systematisch. Er macht auch zutreffend die unterschiedlichen Ebenen der Argumentation deutlich und fragt nach der möglichen Kompatibilität nur scheinbar gegensätzlicher Erklärungsrichtungen. Hierdurch weist die Studie auf Lücken in der bisherigen Forschung hin und plädiert für eine Erweiterung von deren Perspektiven. Andererseits überzeugt der Versuch, die erwähnten Erklärungsansätze über eine qualitative Studie mit sieben Befragten überprüfen zu wollen, nicht. Eine solche Vorgehensweise mag bezüglich der psychologischen Ansätze angemessen sein. Für die historische und gesellschaftliche Dimension bedarf es aber einer anderen Perspektive. Darüber hinaus fehlt eine wirkliche Abrundung der Erkenntnisse gegen Ende in Richtung einer entwickelten Theorie des modernen Antisemitismus.

Armin Pfahl-Traugher

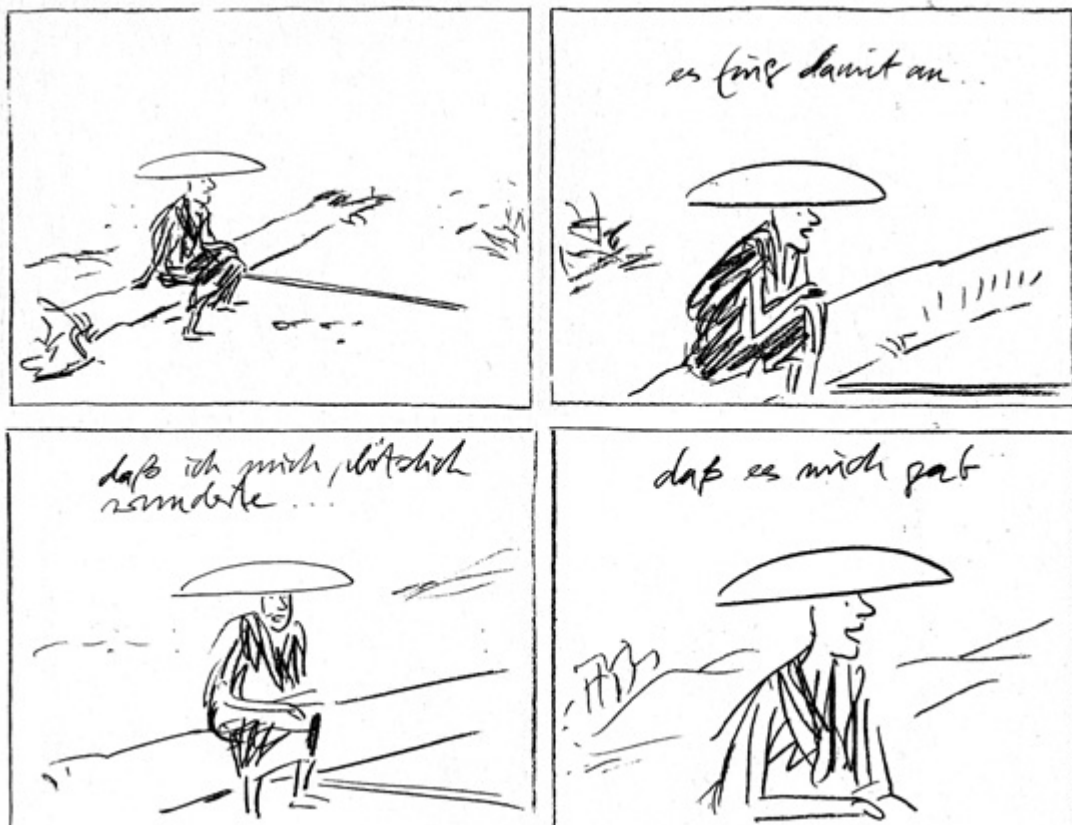
Samuel Salzborn, *Antisemitismus als negative Leitidee der Moderne. Sozialwissenschaftliche Theorien im Vergleich*, Frankfurt/Main 2010 (Campus-Verlag), 378 S., 29,90 €

Auf dem Weg... 5 Mär 2010 - 09:51 Nr. 8979

Pilger Mu (70)



(hpd) Die Bildgeschichten des „Pilger Mu“ sind eine Kreation des Malers und Zeichners Alex Ignatius. Vier Bilder sagen manchmal mehr als viele Worte.



Säkularisierung 4 Mär 2010 - 11:39 Nr. 8976

Gegenreformation in der belgischen Politik?



Jean-Michel Javaux / www.lesoir.be/mediastore

BELGIEN. (hpd) Wie in Frankreich war die Religion bis vor nicht allzu langer Zeit in Belgien eine Frage, welche die politische Landschaft scharf zerteilte: hier die christlich-katholischen Parteien (in Flandern, die CVP und in Wallonien, die PSC), dort die nichtkonfessionellen bzw. atheistischen liberalen und sozialistischen Parteien. Für deren Mitglieder gab es keine Grauzonen: Entweder man war gläubiger Kirchgänger oder man verabscheute die Kirche als Institution und war Freimaurer.

Eine erste Lockerung bekam diese klare Übersichtlichkeit durch das Aufkommen der auf Sprachentrennung orientierten nationalistischen und später der ökologischen Parteien. Diese hielten sich aber an das klare belgische Politikerkriterium und vermieden sowohl individuell als auch kollektiv jeden Hinweis auf mögliche religiöse Auffassungen. Mit der Zunahme der linguistischen Konflikte ab Ende der 60er Jahren übernahm das Etikett der ethnischen Zugehörigkeit aber mehr und mehr die Rolle des Gottesglaubens als politischer Prüfstein. Sämtliche nationale Parteien spalteten sich in ethnische Gebilde, allerdings zunächst noch unter Aufrechterhaltung des religiösen Unterscheidungskriteriums.

Diese modifizierte, institutionalisiert-weltanschauliche Aufteilung bekam aber schnell ihre ersten Risse. Auf dem Hintergrund der europaweiten Krise des tradierten Parteienspektrums verloren die klassischen „Volks“parteien immer mehr Wähler. Insbesondere die christlichen Parteien wurden mit nicht mehr durch den religiösen Lack zu übertünchenden Skandalen und dem rasanten Rückgang der Kirchlichkeit konfrontiert. Sowohl in Flandern als in Wallonien / Bruxelles verschwanden sie von der Bildfläche und konstituierten sich zu neuen Parteien mit neu erfundenen Leitbildern und kuriosen Bezeichnungen. Leitbilder die, entsprechend der unterschiedlichen politische Kultur Flanderns (stärker religiös) und Walloniens (stärker säkular), anders ausgerichtet waren. In Flandern entstand die CD&V (Christendemokraten und Flandern), um so die konfessionellen Anhänger der bisherigen nationalistischen Partei (Volksunie) an Land zu ziehen. In Wallonien bezeichnet sich die frühere Christliche

Volkspartei nun mehr sogar als CDH (Demokratisch Humanistisches Zentrum), um als eine wallonische Zentrumsparterie am rechten Rand der Sozialisten und am linken Rand der Liberalen Wählerstimmen zu ernten. Oder breiter noch: Sie hat sogar eine kopftuchverkleidete Abgeordnete im Parlament.

Die Reaktion der anderen Parteien ließ nicht lange auf sich warten. In Flandern öffneten sich die antiklerikalen Parteien formell für die Gläubigen und nannten sich nun mit offenem Programm und diffuser Bezeichnung SP&A (Sozialistische Partei und Anders) und OVLD (Offene flämische liberale Demokraten). In Wallonien wurde aus der Liberalen Partei zunächst die PRLW (Partei der Reformen und der Freiheit in Wallonien). Nur die wallonischen Sozialisten behielten auf dem Hintergrund der dortigen starken sozialistischen Tradition ihren klassischen Namen: PS oder Sozialistische Partei. Das konnten die restlichen Parteien nicht auf sich ruhen lassen. Schnell wurde aus der Volksunie die NVA (Neue flämische Allianz) und die FDF (Front der frankofonen) sowie die MCC (eine christlich soziale Splitterpartei), die sich mit den Liberalen zur MR (Reformistische Bewegung) verbündeten.

Natürlich waren nicht alle Politiker mit dieser neuartigen Focusering der Parteienlandschaft zufrieden. Es kam zur Gründung einer rechten liberalen Partei (Partei De Decker) und extrem rechter Parteien: die heutige VB (Vlaams Belang) in Flandern und die FN (Nationale Front) bzw. die populistische PP (Volkspartei) vom Fortis-Rechtsanwalt Modrikamen in Wallonien. Am Ende dieser Parteienwanderung war die Religion als traditioneller Leuchtturm der politischen Differenzierung formell verschwunden und keine Partei bezeichnete sich noch explizit christlich oder antiklerikal. Der lange Prozess der Säkularisation der Gesellschaft schien auch in Belgien politisch abgeschlossen zu sein.

Das galt scheinbar schon seit ihrer Gründung auch für die ökologische Parteien *Groen* und *Ecolo*. Bis Anfang Februar gerade aus der wallonischen grünen Partei *Ecolo* das versteckte Problem der religiösen Zugehörigkeit erneut offenbar gemacht wurde. Im Rahmen einer Enquete der Zeitung *Le Soir* mit der Überschrift „Jesus Crise“ (Jesus Krise) über den politischen Einfluss der Kirche heute, wurden die 20 einflussreichsten belgischen Katholiken gesucht. Und dort erschien überraschenderweise nach solchen Leuten wie der frühere Kardinal Daneels, der jetzige Kardinal André-Joseph Léonard, König Albert II, etc. aber auch Jean-Michel Javaux, Vizevorsitzender von *Ecolo*. Und dies noch vor allen Galionsfiguren der christlich verwurzelten Parteien.



Kardinalprimas Léonard

Auf den Hintergrund der Ergebnisse der Enquete, die an sich bereits bemerkenswert waren (siehe Internet), gab Javaux daraufhin ein Interview. Er bestätigte dabei öffentlich seinen katholischen Glauben, indem er sich an Ereignisse erinnerte, welche die Suche nach dem Sinn seines Lebens provozierten und seinen katholischen Glauben festigten. Er rühmte sogar die intellektuellen Qualitäten vom neuen Primas Léonard, den er mit einem reinen Geist, und einer reinen, sehr differenzierten Intelligenz ausgestattet sieht. Er geht sogar soweit, wieder die altherkömmlichen elektoralen Waffen auf die Konkurrenz abzuschließen: So warf er z. B. der Vorsitzenden der CDH mangelhaften christlichen Glauben vor. Diese bezeichnete diese Äußerungen sofort als sehr schockierend wie beschämend und fügte im Sinn des neuen, scheinbaren belgischen Konsens hinzu: „Ich habe mir selbst immer untersagt, Religion und Politik zu mischen. Ich denke, Religion ist etwas viel zu Edeles, um für politische Zwecke verwendet zu werden...

Bei den wallonischen Grünen provozierte der Fall sofort eine scharfe interne Diskussion. Schon immer hatten sie sich gegen das Gerücht zu wehren, sie wären in Wirklichkeit U-Boote der christlichen Kirchen, da z. B. fast alle ihre Minister religiös orientiert sind. Dies umso mehr, da noch Anfang Januar Ecolo im Namen der weltanschaulichen Neutralität des Staates scharf reagierte auf die reaktionären Auffassungen des gegen den Willen der katholischen Basis neu eingesetzten

belgischen Kardinalprimas Léonard. Dieser versucht jede Demokratisierung der Kirche zu unterdrücken und hat

z. B. Homosexualität als abnormal charakterisiert - wovon er sich erst nach einer Klage wegen Diskriminierung mit viel religiöser Dialektik zu distanzieren versuchte. Gerade deshalb wurde Javaux auch aus seiner eigenen Partei scharf angegriffen. Dieser Sturm der Kritik nötigte ihn dazu, sich vom Angriff auf die CDH-Vorsitzende, Joëlle Milquet, zu distanzieren und seinen Widerstand gegen die ethischen Auffassungen Léonards zu bekräftigen. Er betont dabei aber, dass die Bekundung zum Glauben keine schändliche Krankheit ist. Eine Aussage die wiederum sofort Fragen nach der Position der Grünen in der Diskussion über das Kopftuchverbot und der Religion überhaupt aufwarfen.

Ist Javauxs Outing also der Start einer politischen Reconquista? Die Frage ist von solcher Aktualität, dass mit dem Outing von Javaux besonders im frankofonen Belgien sofort eine allgemeine Diskussion über den Stand der politischen Säkularisierung Belgiens startete. Die wichtigsten Fragen, die dabei gestellt wurden, sind u. a.: Ist sie eine Realität oder ist es nicht eher so, dass die Katholiken über diesen Weg in alle Parteien eingedrungen sind und das politische Belgien vor einer neuen „Gegenreformation“ steht? Hat nicht die defensive Offenheit der Laizität und des Humanismus den Katholiken alle Türe geöffnet, sodass die konservative Zeitung La Libre Belgique mit Recht triumphierend schlagzeilte: „Alle Parteien sind christlich!“

Oder hat die christliche Religion sich vielleicht so „modernisiert“, dass sie ähnlich wie das neoliberale Gesellschaftsmodell völlig dereguliert zu einer Religion à la carte geworden ist?

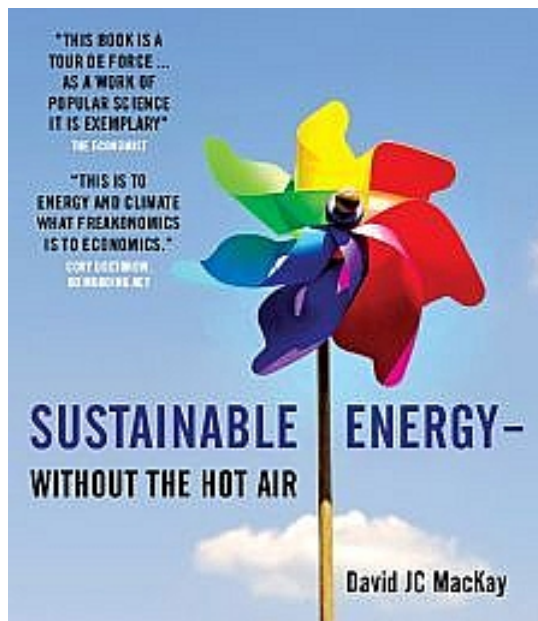
Die Antworten auf diese Fragen differieren entsprechend des weltanschaulichen Standpunktes, kumulieren aber alle in der These, dass Belgien vor einer neuen politisch-ideologischen Wende steht.

Rudy Mondelaers

Anhang siehe : <http://hpd.de/files/Enquete-Tabelle.pdf>

Buchempfehlung 4 Mär 2010 - 10:55 Nr. 8975

Nachhaltige Energie – nachhaltigst



Deutsche Übersetzung von Thomas F. Kerscher

(hpd) Wenn über Energiegewinnung diskutiert wird (fossil, nuklear, nachhaltig...), kann an diesem Buch eigentlich nicht vorbeigegangen werden. Das Schöne dabei ist, es gibt es auch online. Noch schöner: Kostenlos. Am schönsten: Seit kurzem auch auf Deutsch.

Schade eigentlich, dass dieses Buch hier bisher keine Rezension erfahren hat.

Vielleicht liegt es daran, dass es das Buch bis vor kurzem nur im englischsprachigen Original und (mit ein paar drucktechnischen Einbußen) auch online gab.

Dennoch gehört dieses Werk als gedrucktes Paperback in jeden Bücherschrank.

Und sei es nur als Nachschlagewerk. Oder um den Autor zu unterstützen.

Der Autor David MacKay räumt auf mit diversen (fast 'liebgewonnenen') Vorurteilen in der Klimadebatte; z.B. die 'schlimme' (aber irrelevante) Insektenatmung, der 'tolle' (aber untaugliche) Hybrid-PKW etc. pp. Eine Vielzahl von Daten ist da zusammengetragen und nachvollziehbar und (dank diverser Abbildungen) anschaulich dargestellt: Alternativen sind möglich!

Die Aufbereitung von Daten (z. B. der Pro-Kopf-Anteil klimarelevanter Emissionen weltweit, auch historisch kumulativ!) in überzeugenden Grafiken ist beispielhaft und unerreicht! Wie wahrhaftig dreckschleudern sehen da auf einmal USA oder Deutschland im Vergleich mit den angeblichen Dreckschleudern China oder Indien aus...

MacKay ist seit letztem Jahr (2009) Berater der britischen Regierung. Insofern hat das Buch einen leichten Touch aus britischer Perspektive; aber nur ganz leicht (der deutsche Übersetzer hat Ergänzungen aus seiner Sicht angefügt).

Hans Trutnau

Original von MacKay, D.: "Sustainable Energy - without the hot air", Cambridge 2008.

Deutsche (erweiterte) Übersetzung von Kerscher, T.: "Nachhaltige Energiegewinnung - ohne die heiße Luft" (pdf), 385 Seiten, Wang 2009. Online verfügbar im kostenlosen Download, ca. 12 MB). Englische Druckausgaben über den Buchhandel (als Taschenbuch für knapp 35 €, gebunden für knapp 60 €).

Verwandte Themen auf hpd

Gott und die Klimakatastrophe (16.2.2010)

Politische Ökologie – Vom Strippenziehen (12.10.2009)

Externe Presse

Nürnberger Nachrichten 10 Mär 2010 Nr. 9016

Homöopathie: Kügelchen für alle Europäer

Verbände ringen um gleichen Zugang zu Homöopathika

BRÜSSEL - Der britische Thronfolger Prinz Charles schwört auf sie, 125 Millionen Europäer nutzen sie, doch nicht jeder kann sie bekommen: homöopathische Arzneimittel. Bald könnten die Kügelchen die EU-Kommission beschäftigen.

Homöopathische Arzneimittel sind für schwedische Ärzte Tabu: Selbst wenn sie wollten, dürfen sie sie nicht verschreiben. Ganz anders sieht das in Frankreich und Deutschland aus, hier können die Präparate problemlos von den Medizinern verordnet werden. Mit diesem Durcheinander soll bald Schluss sein, hoffen die Vertreter aus Industrie, behandelnden Therapeuten und Patienten.

Regelwerk in den kommenden Monaten überarbeiten

Denn die EU-Kommission will ihr Regelwerk über die Zulassung pharmazeutischer Produkte in den kommenden Monaten überarbeiten. »Das ist der richtige Zeitpunkt, um die Homöopathie in die europäische Gesundheitspolitik zu integrieren«, sagt die irische Europa-Abgeordnete Marian Harkin von der liberalen Fraktion. (...)

telepolis/heise.de 10 Mär 2010 Nr. 9013

Weltuntergang nicht schlüssig nachgewiesen

Florian Rötzer / Das Bundesverfassungsgericht weist eine Beschwerde zurück, die Deutschland dazu verpflichten wollte, gegen die Versuche im Cern-Teilchenbeschleuniger LHC einzuschreiten

Manche Menschen fürchten, dass die vom Large Hadron Collider (LHC), dem weltweit größten Teilchenbeschleuniger, erzeugbaren winzigen Schwarzen Löcher der Anfang vom Ende der Welt sein könnten (...). Es könne schließlich sein, so die Begründung, dass die Schwarzen Löcher sich nach und nach vergrößern und alle Materie in sich einsaugen. Andere fürchten die Entstehung der Seltsamen Materie oder von nur theoretisch behaupteten magnetischen Monopolen. Alles ist möglich oder denkbar.

Eine deutsche, in Zürich lebende Frau, deren Name nicht genannt wird, ist bis vor das Bundesverfassungsgericht gezogen. Deutschland, so der Wunsch der Klägerin, müsse sich, da das Land an der Europäischen Organisation für kernphysikalische Forschung (Cern) beteiligt sei, dafür einsetzen, dass der LHC nicht in Gang gesetzt wird, um die Welt vor dem Untergang zu bewahren (...). Zumindest sollten so lange die Experimente, durch die Mini-Schwarze-Löcher erzeugt werden könnten, verhindert werden, bis empirisch bewiesen sei, dass die Welt dadurch nicht gefährdet wird. Die Beschwerdeführerin berief sich dabei auf den 2. Absatz von Artikel 2 des Grundgesetzes: "Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit." Nach Ansicht praktisch aller Wissenschaftler stellen die möglicherweise im Teilchenbeschleuniger erzeugbaren winzigen Schwarzen Löcher keinerlei Gefahr dar und würde auch sofort wieder zerfallen. Zudem würden nur natürliche Prozesse reproduziert, die sowieso andauernd in der Erdatmosphäre offensichtlich ohne Gefahr des Weltuntergangs ablaufen.

Mit einem Eilantrag zum Verwaltungsgericht Köln war die Klägerin bereits gescheitert. Auch beim Bundesverfassungsgericht hatte sie nun kein Glück, das die Beschwerde gestern zurückwies. "Schlüssig" sei der mögliche Eintritt des Weltuntergangs nicht dargelegt worden. Dafür reiche es nicht aus, auf theoretische Möglichkeiten hinzuweisen, die noch dazu in Widerspruch "mit dem bewährten, anerkannten Hintergrundwissen des jeweiligen Faches in Widerspruch stehen", nicht wissenschaftlich publiziert und auch nicht "nur in Umrissen theoretisch ausgearbeitet" wurden. "Selbst die Vertreter der Minderheit, die ein Schadensszenario für möglich halten", würden nur behaupten, "dass die von ihnen aufgezeigten theoretischen Denkmodelle, die von einer Vielzahl unwägbarer Prämissen abhängen, bisher nicht widerlegt worden seien". (...)

dradio.de 10 Mär 2010 Nr. 9012

"Letztlich ist nicht der Glaube das Entscheidende"

Muslime massakrieren Hunderte Christen in Nigeria, kurz zuvor sterben dort Hunderte Muslime durch Christenhand. Ein Glaubenskonflikt? Nein, sagt Ulrich Delius, Referatsleiter bei der Gesellschaft für bedrohte Völker: Es geht um Ressourcen für das nackte Überleben.

Jochen Spengler: Mehr als 500 Menschen wurden am Wochenende in Nigeria getötet. Es waren Christen, die meisten Frauen und Kinder, die einem Massaker durch muslimische Nomaden im Bundesstaat Plateau zum Opfer fielen. Aber Nigeria ist nicht der einzige Staat, in dem es gefährlich ist für Christen; das streng gläubige christliche Hilfswerk Open Doors spricht von der "größten Christenverfolgung aller Zeiten". Erst Ende Februar hatte die

Evangelische Kirche in Deutschland zu einem Gebetswochenende für verfolgte Christen ausgerufen. (...) Am Telefon begrüße ich nun Ulrich Delius, Referatsleiter bei der Gesellschaft für bedrohte Völker. Guten Morgen, Herr Delius.

Ulrich Delius: Schönen guten Morgen, Herr Spengler.

Spengler: Haben Volker Kauder und die EKD, die Evangelische Kirche in Deutschland Recht? Sind die Christen derzeit die am meisten verfolgte religiöse Gruppe in der Welt?

Delius: Nein. Es gibt natürlich viele Verfolgungen von Christen und sie haben sicherlich Recht, wenn sie darauf hinweisen, dass die Situation von Christen zum Beispiel im Irak, oder in Ägypten sehr, sehr schwierig ist. Aber von der größten Verfolgung zu sprechen, ist sicherlich verfehlt, weil es gibt auch viel Verfolgungen von Buddhisten, es gibt Verfolgungen von Muslimen, und man muss immer sehr genau unterscheiden, weshalb es zu solchen Auseinandersetzungen kommt. Ist jetzt wirklich der religiöse Glaube das Entscheidende daran, oder sind es nicht letztlich viele, viele Faktoren, die zusammenkommen, und dann spielt das Religiöse insofern nur ein Moment, dass sich Menschen aufgrund ihres Glaubens dann zusammenschließen und zum Beispiel verfolgt fühlen. Die Christen halten zusammen, wenn sie von Muslimen angegriffen werden; Muslime halten zusammen, wenn sie von Christen attackiert werden. Dieses Spiel haben wir jetzt mehrfach in Nigeria in den letzten Wochen beobachtet, weil im Januar war es die Muslime, die mehr als 300 Tote zu beklagen hatten.

Spengler: Aber es sind immer Gruppen, die sich religiös definieren, also Muslime gegen Christen, Christen gegen Muslime?

Delius: Ja, aber letztlich ist nicht der Glaube das Entscheidende, was sozusagen dann den Stein ins Rollen bringt, sondern wir haben hier in Nigeria zum Beispiel, im Norden Nigerias, Verteilungsprobleme. Wir haben das große Problem, dass der Klimawandel dazu führt, dass es immer weniger Weideland gibt und dass es deshalb Auseinandersetzungen zwischen Nomaden und bäuerlicher Bevölkerung gibt. Und sobald es so einen Übergriff gibt - das mag manchmal nur eine Lappalie sein -, dann tun sich die Opfer zusammen, sagen, wir Christen werden angegriffen, oder wir Muslime werden angegriffen, und gleich mobilisiert man sich sozusagen entlang der religiösen Linien, entlang der Gruppenlinien. Das hat aber nichts mit religiöser Verfolgung zu tun. Es ist nicht die Religion an sich, die verfolgt wird, der Glaube, der unterdrückt wird, sondern es geht darum, dass es immer weniger Platz für immer weniger Menschen gibt, auf dem sie eben letztlich langfristig überleben können.

Spengler: Wenn das stimmte, was Sie da sagen, warum ist es dann so, dass im Islam zum Beispiel die Apostasie, also der Abfall vom Glauben, mit der Todesstrafe geahndet wird?

Delius: Das ist natürlich ein entscheidendes Problem. Ich sage ja nicht, dass es keine Christenverfolgung gibt. Nur wir müssen uns jeden Konflikt ganz genau individuell anschauen: Was ist daran ein Glaubenskonflikt und was ist daran ein Konflikt, wo letztlich die Glaubenslinien dazu führen, dass sich bestimmte Gruppen zusammenschließen und dann als bedroht fühlen. Der Apostasie-Vorwurf ist natürlich ein nicht hinnehmbarer und eine Menschenrechtsverletzung. Wir arbeiten seit Langem zum Beispiel zu Pakistan, wo eben Christen einfach willkürlich inhaftiert werden, weil sie der Gotteslästerung angeklagt werden. Ähnliche Probleme gibt es auch in Ägypten. Das sind direkte Fälle der Glaubensverfolgung, die man auch als solche charakterisieren sollte. Aber man muss sehr vorsichtig sein, jeden Konflikt, wo irgendwie Religion mit reinspielt als einer von vielen Gründen, gleich als Glaubenskrieg zu werten, wie es jetzt zum Teil die Medien und Politiker tun.

Spengler: Herr Delius, haben Sie eine Erklärung dafür, dass die Verfolger meistens, nicht nur, aber meistens islamischen Glaubens sind?

Delius: Nun, wir kennen auch sehr, sehr viele Fälle, ehrlich gesagt, in denen die Verfolger keine Muslime sind und die Muslime Verfolgte sind. Insofern tue ich mich etwas schwer mit der Aussage. Aber es ist natürlich immer wieder ein Problem der Minderheit insgesamt, wie Minderheiten behandelt werden. (...)

Spengler: Das christliche Hilfswerk Open Doors hat einen sogenannten Weltverfolgungsindex veröffentlicht und danach sind 8 von 10 Ländern, wo die Verfolgung am schlimmsten ist, islamisch. Verharmlosen Sie nicht den militanten Islam?

Delius: Nein. Es geht nicht darum, den militanten Islam zu verharmlosen. Man muss ihn anklagen, dort wo man ihn ausmacht. Nun muss man solchen Hilfswerken auch ganz klar mal ins Stammbuch schreiben, es ist ein Spiel mit dem Feuer, was sie machen, wenn sie solche Konflikte, die vielfache Ursachen haben, gleich als Glaubenskrieg versuchen darzustellen, zum Teil, muss man ganz offen sagen, um hier eben auch um Spendengelder zu werben, weil sie wissen, dass sie mit solchen Aussagen eben auch viele Spenden bekommen können. (...)

tagesanzeiger.ch 10 Mär 2010 Nr. 9011

Wiens liebster Antisemit

Karl Lueger machte Wien zur modernen Weltstadt und den Antisemitismus zum politischen Programm. Letzteres blenden die Wiener heute lieber aus.

Von Bernhard Odehnal / (...) Fällt der Name «Karl Lueger», senkt sich bleiernes Schweigen über die Parteizentralen. Es ist, als wollte sich niemand die Finger verbrennen an dieser Figur, die sie einst den «Herrgott der Wiener» nannten. Der ehemalige Bürgermeister, Begründer der christlich-sozialen Partei und des politischen Antisemitismus starb vor genau 100 Jahren, am 10. März 1910. Und doch «tut uns Lueger noch heute weh», sagt die Historikerin Heidemarie Uhl.

In der Stadt ist Lueger heute noch wie keine andere historische Persönlichkeit präsent. Nach ihm sind eine Kirche, eine Brücke, ein Platz und ein Teil der Ringstrasse, des Prachtboulevards rund um die Wiener Innenstadt, benannt. Und es gibt ein monumentales Denkmal an der Ringstrasse – einen überlebensgrossen Lueger aus Bronze, der beide Hände aufs Herz gelegt hat und vom Steinsockel aus ernst über seine Wienerstadt blickt. (...)

Martin Krenn muss jeden Tag auf seinem Weg zur Arbeit am bronzenen Lueger vorbei. Und wenn der Lehrer an der Universität für angewandte Künste zum «Herrgott von Wien» hochblickt, kann er nichts Erhabenes entdecken. Krenn denkt dann eher an die unzähligen Reden Luegers, in denen der aufstrebende Populist die Juden zu einer Krankheit und zur Gefahr für das katholische Österreich stempelte. Dass Lueger mit einem monumentalen Denkmal geehrt werde, sei «heute nicht mehr haltbar», meint Krenn. Im Herbst gründete er deshalb eine Arbeitsgruppe und schrieb einen internationalen Wettbewerb zum Umbau des Denkmals zu einem «Mahnmal gegen Antisemitismus und Rassismus» aus. (...) «Der moderne Rechtspopulismus in Europa beginnt bei Karl Lueger. Wien muss sich damit endlich auseinandersetzen.» (...)

Vom Antisemitismus in Luegers Wien wurde auch der junge, erfolglose Maler Adolf Hitler geprägt. In «Mein Kampf» schwärmt Hitler seitenlang vom «genialen Bürgermeister». (...)

Die Historikerin Uhl glaubt, dass die Umbenennung gesellschaftlich schwer durchzusetzen sei. Sie sieht sogar gegenläufige Tendenzen: Die Wiener würden sich heute wieder mehr mit Lueger identifizieren.

heute.de/ZDF 10 Mär 2010 Nr. 9010

Italien: Erste Schule bekommt Kondom-Automat

Safer Sex für Italiens Schüler: Als erste Schule im Land stellt das das römische Kepler-Gymnasium Kondom-Automaten auf. Die Kondome sind billiger als in Apotheken. Lehrer und Schüler finden's gut. Kritik gibt's aber auch - von der Kirche.

Mit der Aufstellung der Kondom-Automaten folgt die naturwissenschaftliche Oberschule einem Beschluss der römischen Provinzregierung vom vergangenen Juni. Er sieht vor, Schülern den Zugang zu Verhütungsmitteln zu erleichtern. Die Präservative sollen zum Fabrikpreis und damit deutlich günstiger als in Apotheken abgegeben werden, berichtete die italienische Tageszeitung "Corriere della Sera".

rte.ie 10 Mär 2010 Nr. 9008

Karikaturist sollte sterben: Festnahmen in Irland

Fünf Menschen wurden in Waterford festgenommen und zwei weitere in Cork – jeweils im Zusammenhang mit der Untersuchung einer Verschwörung, in der ein schwedischer Karikaturist ermordet werden sollte.

Der Karikaturist Lars Vilks wurde bedroht, nachdem er eine Zeichnung veröffentlicht hatte, die den Propheten Mohammed mit dem Körper eines Hundes zeigte.

Der Kopf einer al-Kaida-Gruppierung im Irak, Abu Omar al-Baghdadi, veröffentlichte im September 2007 im Internet eine Tonaufnahme, in der er 100.000 \$ für den Mord an Vilks aussetzte.

Gestern Morgen nahmen Polizeibeamte drei Männer und zwei Frauen in Waterford und Tramore fest sowie einen weiteren Mann und eine Frau in der Nähe von Cork.

Einige Räumlichkeiten wurden durchsucht und Dokumente, Computer sowie Handys wurden beschlagnahmt. (...)

Die sieben Festgenommenen sind zwischen Mittzwanzig und Endvierzig. (...)

Sie können nach irischem Gesetz bis zu einer Woche festgehalten werden. Sie stammen aus Marokko und dem Jemen, haben allerdings einen Asylantenstatus und befinden sich legal im Lande. Es wird angenommen, dass sie einander kennen und dass einige miteinander verwandt sein könnten.

guardian.co.uk 10 Mär 2010 Nr. 9007

GB: Ersticken Verleumdungsgesetze die Wissenschaft?

Alok Jha spricht in einem Podcast mit Simon Singh darüber, wie die britische Gesetzgebung zur Verleumdung die akademische Meinungsfreiheit gefährdet (...)

Der Wissenschaftsautor Simon Singh und Tracy Brown von Sense About Science erzählen uns von der Libel Reform Week (dt. Woche zur Reform der Verleumdung), mithin der Kampagne, die Verleumdungsgesetze Großbritanniens zu ändern und die wissenschaftliche Ausdrucksfreiheit zu schützen.

Singh ist gegenwärtig durch einen juristischen Kampf verwickelt, der sich an einem Kommentar im Guardian entzündete.

diepresse.com 9 Mär 2010 Nr. 9002

79 Prozent weltweit sehen Internet als Menschenrecht

Das Web ist schon gleichwertig mit Wasserversorgung und Straßenbau zu sehen. Selbst Nicht-Surfer sehen im Internet-Zugang ein "fundamentales Recht". Viele sorgen sich um Meinungsfreiheit und staatliche Eingriffe.

Finnland und Estland haben es bereits vorgemacht: Internetzugang als Menschenrecht für ihre Bürger festgeschrieben. Eine weltweite Umfrage von GlobeScan im Auftrag der BBC zeigt, dass 79 Prozent den Zugang zum Web als ein Grundrecht ansehen. Befragt wurden 27.973 Erwachsene in 26 Ländern, davon 14.306 Internet-Benutzer. Dabei zeigte sich, dass selbst 71 Prozent derjenigen, die das Internet nicht nutzen, den Zugang zu dem Medium als "fundamentales Recht für alle Menschen" ansehen. Bei den Usern war die Quote mit 87 Prozent naturgemäß noch höher.

Die Ergebnisse sind Wasser auf die Mühlen von Organisationen, die sich seit Jahren für freien Internetzugang einsetzen. So will etwa auch die UNO einen allgemeinen Zugang weltweit ermöglichen. (...) Regierungen müssten Internet als grundlegende Infrastruktur behandeln, genauso wie Straßenbau, Müllabfuhr und Wasserversorgung. (...)

Mehr als die Hälfte der Befragten will keine staatlichen Einflüsse im Internet. (...) Anders sehen das die Europäer: So glauben etwa 55 Prozent der Briten, dass staatliche Eingriffe ins Internet durchaus berechtigt sind. Auch die Franzosen mit 52 Prozent liegen hier relativ weit vorne. (...)

wienerzeitung.at 9 Mär 2010 Nr. 9001

Sexueller Missbrauch von Kirche weiter vertuscht?

Berlin/Wien. (schmoe) **Während täglich neue Fälle von sexuellem Missbrauch in kirchlich geführten Einrichtungen bekannt werden, geht Deutschlands Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger mit dem Vatikan hart ins Gericht: Sie wirft der Kirche in Rom vor, die Aufklärung der Skandale zu behindern.**

Bereits in der Vergangenheit habe es in vielen Schulen und Einrichtungen eine Art "Schweigemauer" gegeben, wegen der wichtige Informationen nicht an die Justiz gelangt seien, kritisiert die Ministerin. (...) Für Schulen in katholischer Trägerschaft gilt nämlich immer noch eine Vatikan-Direktive aus dem Jahr 2001, nach der auch schwere Missbrauchsfälle zuallererst der päpstlichen Geheimhaltung unterliegen und nicht an Stellen außerhalb der Kirche weitergegeben werden sollen. Stattdessen wird kirchenintern untersucht.

(...) Auch Bayerns Justizministerin Beate Merk (CSU) ortet mangelnde Kooperationsbereitschaft beim Klerus. Die Kirche sei nicht immer an einer Aufklärung der Missbrauchs-Fälle interessiert, so Merk. Sie warnte außerdem vor ernststen Gefahren für das Verhältnis Kirche-Staat. (...)

Unterdessen sieht sich Papst Benedikt XVI. selbst Verdachtsmomenten ausgesetzt. Kircheninterne Kritiker weisen darauf hin, dass Joseph Ratzinger 1977 bis 1982 Erzbischof von München gewesen und es gerade in diesen Jahren zu den Übergriffen an kirchlichen Schulen in Bayern gekommen sei. Die Reformbewegung "Wir sind Kirche" will wissen, ob der Papst von dem Skandal gewusst und wie er damals reagiert hat.

Auch der Bruder des Papstes, Georg Ratzinger, muss sich unangenehme Fragen gefallen lassen. Er war 1964 bis 1994 Leiter der Regensburger Domspatzen, einem bekannten Knabenchor. Dort ist es zu sexuellen Übergriffen und wahren Prügel-Orgien gekommen. (...)

Der "Spiegel" berichtet unterdessen in seiner Online-Ausgabe von Misshandlungen an einer Klosterschule in Bregenz. Ein Opfer berichtet, man habe rohes Fleisch vorgesetzt bekommen, auch seien Schüler brutal geschlagen worden. Hinter verschlossener Tür habe regelmäßig sexueller Missbrauch stattgefunden. (...)

FOCUS.de 8 Mär 2010 Nr. 8999

Deutsche haben kein Verständnis für Zölibat

Mehr als vier Fünftel der Deutschen haben kein Verständnis dafür, dass die Katholische Kirche ihren Priestern das Heiraten verbietet. Sie befinden sich damit in bester Gesellschaft.

In einer FOCUS-Umfrage äußerten nur elf Prozent der Befragten Verständnis für den Zölibat. Dabei stieß der Zölibat eher bei den Jüngeren auf Zustimmung als bei den Älteren: 18 Prozent der 18- bis 24-jährigen und neun Prozent der über 64-Jährigen empfinden das Heiratsverbot als richtig. 82 Prozent sind gegenteiliger Auffassung und halten nichts vom Zölibat. Das Meinungsforschungsinstitut polis/USUMA befragte für FOCUS 1008 repräsentativ ausgewählte Personen.

NZZ.ch 8 Mär 2010 Nr. 8998

CH: Freikirchen kommen auf den Geschmack an Politik

Christliche Visionen leiten die Lobbyarbeit unter Gläubigen und im Parlament. Ob im Bundeshaus oder in lokalen Wahlen: Mitglieder von Freikirchen versuchen mehr Einfluss in der Politik zu gewinnen. Die Zeiten sind vorbei, wo sie sich nur um das persönliche Seelenheil kümmerten.

Matthias Herren / Bei den Evangelikalen zu politisieren, ist dankbar. Ende Januar organisierte im Vorfeld der Winterthurer Stadtratswahlen die lokale Evangelische Allianz ein Podium. Auf Einladung der Vereinigung von Freikirchen und frommen Gemeinden der Landeskirche kamen nicht nur alle zehn Stadtratskandidaten. Die Politiker standen auch vor einem Publikum, das sich in Grösse und Altersdurchschnitt von jenem anderer politischer Veranstaltungen deutlich unterschied. Statt einige Dutzend ergrauter Häupter füllten rund 700 Besucher die Versammlungshalle der Gemeinde von Christen, darunter viele um 20-jährig. (...)

Dass sich Mitglieder von Freikirchen für Politik interessieren und gar ihre Vorstellungen einbringen, ist eine neuere Entwicklung. (...) Pionierhaft setzte sich Beat Christen bereits vor 30 Jahren dafür ein, dass die Politik auch für bekennende Christen ein Thema wird. (...) Es war 1979, als er zuerst für die Bundesräte, dann auch für die Mitglieder des National- und Ständerats zu beten begann. Selber ein politisches Mandat übernehmen wollte Christen nie. «Ich will keine Parteipolitik machen», sagt er. «Meine Aufgabe ist grösser.»

Für seine «grössere Aufgabe» wechselte Christen ab 1992 auf die Tribüne des Nationalrats und betete hoch über den Niederungen des Parlaments. Einen festen Zutritt ins Bundeshaus als Beter oder «Lobbyist des lieben Gottes» erhielt er 1995. (...)

Konkrete christliche Forderungen an die Politik will der Bundeshausbeter keine nennen. «Christen können in jeder Partei politisieren», sagt er und achtet darauf, dass er parteipolitisch unabhängig bleibt. Nur so viel meint er: «Wenn jemand im Bundeshaus ein Freisinniger ist, dann bin ich es.»

20min.ch 8 Mär 2010 Nr. 8997

Nigerias Bitterer Religionskrieg: Über 500 Tote

Nach Überfällen auf drei Dörfer in Nigeria ist die Zahl der Toten auf mehr als 500 gestiegen. Muslime und Christen bekämpfen sich gnadenlos.

Der Bundesstaat Plateau gilt als religiöses Pulverfass. Wirtschaftliche Konkurrenz christlicher und muslimischer Gruppen löst immer wieder blutige Gewalt zwischen den Gruppen aus. So wie auch dieses Wochenende wieder. Über 500 Tote sind in drei Dörfern zu beklagen. Die Behörden hatten zunächst von mindestens hundert Menschen gesprochen, die in der Nacht auf Sonntag in drei Dörfern nahe der Stadt Jos getötet worden sind. Augenzeugen, Reporter und Menschenrechtsaktivisten gaben die Zahl der Todesopfer mit etwas mehr als 200 an. (...)

Im Januar waren bei Kämpfen zwischen Muslimen und Christen in Jos und Umgebung mehr als 300 Menschen ums Leben gekommen.

Christen und Muslime haben in Nigeria jeweils einen Bevölkerungsanteil von etwa 50 Prozent. In der Politik wird traditionell auf ein Gleichgewicht zwischen dem überwiegend islamischen Norden und dem christlichen Süden geachtet. (...)

(Auf Englisch: Ein Bericht aus dem Guardian)

aerzteblatt.de 8 Mär 2010 Nr. 8994

Abtreibungsgegner protestieren mit Hitler-Plakat

Warschau – Mit einem großflächigen Hitler-Plakat haben Abtreibungsgegner in Polen gegen den Abbruch von Schwangerschaften protestiert.

Wie polnische Medien am Donnerstag berichteten, wurde der 200 Quadratmeter große Aushang an einer Hauswand in der Stadt Poznan (Posen) im Westen des Landes befestigt. Auf dem Plakat ist ein Porträt Adolf Hitlers neben

abgetriebenen Föten zu sehen, in einem Schriftzug heißt es: „Die Abtreibung für polnische Frauen wurde am 9. März 1943 von Adolf Hitler eingeführt.“ (...)

Nach amtlichen Statistiken werden in Polen jedes Jahr nur 200 bis 300 Kinder abgetrieben. Frauenrechtlerinnen gehen allerdings von bis zu 180.000 illegalen Abtreibungen pro Jahr aus.

sueddeutsche.de 8 Mär 2010 Nr. 8993

Der kirchliche Makel

Ein Missbrauchsfall nach dem anderen kommt ans Licht. Es zeigt sich: Für die Kirche zählt der schöne Schein noch immer mehr als das Wohl der Kinder.

Ein Kommentar von Annette Ramelsberger / Wer durch deutsche Landschaften geht, erfährt an jeder Ecke, wie sehr das Christentum dieses Land geprägt hat: An den Autobahnen laden Kapellen zur Rast. An Wegen wachen Marienstatuen über die Wanderer. Auf den Bergen ragen Gipfelkreuze in die Höhe, und zumindest im Süden der Republik hängen Kruzifixe in Klassenzimmern und Gerichtssälen.

Wenn Politiker das christliche Abendland preisen, dann klingt das zwar aufgesetzt, aber falsch ist es nicht: Deutschland ist tief geprägt von seiner christlichen Geschichte. Staat und Kirche sind in einem Maße miteinander verwoben, wie es in vielen anderen europäischen Ländern unvorstellbar ist. Der Staat zieht die Kirchensteuer ein, er zahlt aus Steuermitteln das Gehalt der Bischöfe, er gibt Geld für jeden kirchlichen Kindergartenplatz.

Auch deshalb trifft die Missbrauchskrise die katholische Kirche mit besonderer Härte. Fast täglich bekennen sich Priester und Ordensleute nun dazu, dass sie Kinder missbraucht und geschlagen haben, dass sie davon gewusst, aber die Polizei nicht informiert haben. (...)

Natürlich betonen die betroffenen Internate, Orden, Bistümer, wie leid ihnen das alles tue, wie sehr sie sich schämten. Doch das alles ist so lange Schall und Rauch, solange man zum Kern des Problems nicht vordringt. Wo Autorität und Gehorsam viel bedeuten und kritische Fragen als unbotmäßig gelten, dort wird besonders hartnäckig geschwiegen und vertuscht.

Noch viel zu häufig halten selbst die Betroffenen das Bild von der unversehrten Gemeinschaft hoch, fühlen sich als Elite. Dass solche geschlossenen Systeme zur Verletzung der Privatsphäre geradezu einladen, das wird noch immer nicht erkannt. Wer sich als Elite fühlt, der kann nicht Opfer sein. (...)

Zu oft noch legt die Kirche den Mantel gnädigen Schweigens über die Sünder. Aber: Sie darf nicht warten, bis sich ein Täter selbst anzeigt. Es geht nicht um den schönen Schein, es geht darum, dass nicht noch ein Kind missbraucht wird. Gehorsam und Demut dürfen nicht wichtiger sein als kritisches Denken und Rückgrat. (...)

presseurop.eu 8 Mär 2010 Nr. 8990

Griechenland: Kirche will nicht mehr wohlätig sein

Angesichts des großen Defizits hat die sozialistische Regierung Griechenlands beschlossen, die Besitztümer der mächtigen orthodoxen Kirche zu besteuern. Aber dieser Staat im Staat und wichtigster Grundbesitzer des Landes ist auf diesem Ohr taub.

To Ethnos / Das Murren wird zwischen Staat und Kirche - zwei nicht voneinander getrennte Institutionen - immer lauter. Der mächtigen Kirche Griechenlands gefällt es überhaupt nicht, dass die sozialistische Regierung ihre Immobilien [mit ungefähr 600.000 Euro] besteuern will und weigert sich schlichtweg, zu bezahlen. (...)

Der Erzbischof erklärt, dass sich der Grundbesitz der Kirche nach den neuesten Schätzungen der Bank Griechenlands auf 702.160.000 Euro belaufe, das heißt auf nur vier Prozent von ihrem ursprünglichen Vermögen. Der Wert der Aktien im Besitz der Kirche entspräche nicht mehr als neun Millionen Euro.

jungewelt.de 8 Mär 2010 Nr. 8989

Auf Dummenfang

Vorbild Geert Wilders: In Nordrhein-Westfalen ziehen Neonazis mit antiislamischen und rassistischen Parolen in den Landtagswahlkampf

Von Dirk Hein / In der Schweiz gab es im November 2009 eine Mehrheit für ein Minarettverbot, in den Niederlanden machte es Geert Wilders mit seiner »Partei für die Freiheit« am Mittwoch vor: in zwei Städten mit antiislamischen und rassistischen Parolen zu Kommunalwahlen angetreten und stärkste Kraft geworden. Das versuchen die selbsternannte rechtsextreme Bürgerbewegung »Pro NRW« und die NPD in Nordrhein-Westfalen nachzuahmen.

(...) Beide Gruppierungen wollen am letzten Märzwochenende gegen die im Oktober 2009 eröffnete Merkez-Moschee in Duisburg-Marxloh aufmarschieren. Gleich mehrere antifaschistische Bündnisse kündigten nun Widerstand an. »Die rassistische Hetze von »Pro NRW« und NPD zielt darauf ab, die Vorurteile und Ängste gegenüber Menschen islamischen Glaubens für ihre Ziele zu nutzen. Dies werden wir zu verhindern wissen«, so ein

Sprecher des Bündnisses »Duisburg stellt sich quer!« am Sonntag gegenüber junge Welt. Ob es, wie von den Rechten angekündigt, außerdem zu einem »Sternmarsch« aus verschiedenen Ruhrgebietsstädten gegen die Duisburger Moschee kommt, ist offen: Es mangelt offenbar an Teilnehmern.

Süddeutsche.de 6 Mär 2010 Nr. 8987

Missbrauch: "Der Staat muss handeln"

Bayerns Justizministerin Merk kritisiert die Verjährungsfristen bei Kindesmissbrauch. Von der katholischen Kirche fordert sie umfassende Aufklärung - "ohne Wenn und Aber".

Interview: Annette Ramelsberger / Die bayerische Justizministerin Beate Merk (CSU) mahnt die Kirchen zu mehr Zusammenarbeit mit der Justiz. Stelle sich heraus, dass der Staatsanwaltschaft bewusst Verdachtsfälle von Kindesmissbrauch verschwiegen worden seien, dann werde das Verhältnis von Staat und Kirche beschädigt. Merk kündigt ein Krisentreffen mit den Bischöfen an.

SZ: In Bayern ist ein Flächenbrand losgebrochen. Immer mehr frühere Schüler melden sich, sie seien von Priestern missbraucht worden. Ein Fall für die Justizministerin. Warum sind Sie so still?

Beate Merk: Ich bin nicht still. Unser Problem ist: Viele dieser Taten sind verjährt. Deswegen setze ich mich dafür ein, die Verjährungsfristen zu verlängern. (...) In den Koalitionsverhandlungen im Bund wollte ich diese längeren Verjährungsfristen durchsetzen. Es ist mir leider nicht gelungen.

SZ: Warum nicht?

Merk: Mir wird mit formalistischen Argumenten gekontert, das passe nicht in die Systematik des Strafrechts. Für mich ist das Verweigerung und Kapitulation vor dem Leiden der Opfer. Der Staat muss handeln, wenn er es kann. Und hier könnte er es. Bisher verjährt "einfacher" sexueller Missbrauch an Kindern zehn Jahre nach dem 18. Geburtstag, drei Jahre nach dem 21. Geburtstag verjähren schon zivilrechtliche Ansprüche - zum Beispiel, dass ein Täter die Kosten für den Therapeuten bezahlt. Das ist viel zu kurz. Wenn es nach mir ginge, dann gäbe es hier überhaupt keine Verjährung - so wie in der Schweiz. Das Mindeste ist für mich eine Verjährungsfrist von 30 Jahren.

SZ: Die Kirche nimmt für sich in Anspruch, Verdachtsfällen zunächst intern nachzugehen und erst dann die Staatsanwaltschaft zu informieren. Sind Sie zufrieden mit den Aufklärungsbemühungen der Kirche?

Merk: Für mich ist unabdingbar, dass die Kirche Verdachtsmomente an die Staatsanwaltschaft weitergibt, damit diesen Dingen objektiv nachgegangen werden kann, zum Schutz der Opfer, aber auch zum Schutz der Täter vor falschen Verdächtigungen. (...)

Süddeutsche.de 5 Mär 2010 Nr. 8986

Kirche und sexueller Missbrauch "Mein Mut ist wirklich dahin"

Monika Preis ist Vertrauensperson in der "Initiative gegen Gewalt und sexuellen Missbrauch an Kindern". Als ihr Vorwürfe gegen einen Pfarrer zu Ohren kommen, informiert sie das Bistum Regensburg. Die Reaktion: Sie bekommt eine Unterlassungserklärung.

Interview: Dominik Stawski / Monika Preis lebt im Bistum Regensburg. Die 50-Jährige ist Lehrerin. Vor sieben Jahren trug sie dazu bei, dass ein Geistlicher wegen sexuellen Missbrauchs verurteilt wurde. Preis engagiert sich in der "Initiative gegen Gewalt und sexuellen Missbrauch an Kindern" und ist Vertrauensperson für Betroffene. Ihr sind noch weitere Vorwürfe bekannt. Die Informationen hält sie aber zurück, weil sie sich von der Kirche eingeschüchtert fühlt. Die Geistlichen, die ihr verdächtig sind, arbeiten ihr zufolge weiterhin in ihren Ämtern. (...)

SZ: Welche Missbrauchsvorwürfe sind Ihnen bekannt?

Monika Preis: Ein Fall wurde mir gleich nach der damaligen Verurteilung des Geistlichen zugetragen. Eine Haushälterin erhob Vorwürfe gegen ihren Pfarrer. Er soll mit ihrem Auto nach Tschechien auf den Straßenstrich gefahren sein und dort Buben aufgesucht haben, außerdem soll er eine Art Ziehsohn gehabt haben, einen 16-jährigen Schüler, der bei ihm Tag und Nacht ein- und ausging. Auch im Schlafzimmer des Pfarrers. (...)

Die Frau ging zum Bistum, wenige Tage später bekam ich ein Schreiben des Justizars, dass auch ich mich zu den Missbrauchsvorwürfen äußern solle. Ich habe dann zurückgeschrieben, dass die Haushälterin diejenige sei, mit der der Ombudsmann sprechen müsse, nicht ich. (...)

Wenige Tage später bekam ich einen Brief vom Anwalt des verdächtigen Pfarrers. Ich solle eine Unterlassungserklärung unterzeichnen, 1000 Euro Vertragsstrafe plus die Anwaltskosten. Ich solle die Vorwürfe nicht wiederholen. Dabei habe ich sie nie geäußert. Ich war geschockt, dass der Anwalt des Pfarrers überhaupt über meinen Namen und die Adresse verfügte. Ich kann es mir nicht anders vorstellen, als dass das Bistum diese Daten an den Verdächtigen weitergegeben hat. Wirklich heftig. (...)

SZ: Was wurde aus dem Fall?

Preis: Die Haushälterin gab eine Unterlassungserklärung ab. Welchen Druck Pfarrer und Anwalt vorher bei ihr gemacht haben, weiß ich nicht. Damit war die Sache vom Tisch. Der Pfarrer ist heute noch tätig.

stern.de 5 Mär 2010 Nr. 8985

Kloster Ettal: "Es herrschte der absolute Terror"

Prügel, Sex, Gewalt: Im Auftrag der katholischen Kirche hat ein Sonderermittler die Vorwürfe um sexuellen Missbrauch im Kloster Ettal untersucht. Sein Zwischenbericht ist schockierend.

Im bayerischen Kloster Ettal hat der von den Benediktinermönchen eingesetzte Sonderermittler Thomas Pfister seinen Zwischenbericht präsentiert. Ihm liegen Angaben von rund 100 Opfern vor. Die Ausführungen ließen den Zuhörern den Atem stocken.

Pfister zufolge sind die Kinder in Ettals Schule und Internat früher oftmals jahrelang körperlicher Züchtigung und sexuellem Missbrauch ausgesetzt gewesen. (...)

Aber auch von einem aktuellen Fall berichtete er, in dem ein Klostermitglied gestand, Kinderpornos aus dem Internet heruntergeladen und früher Fotos halbnackter Schüler ins Internet gestellt zu haben. Der beschuldigte Pater habe die Fotos der Buben mit freiem Oberkörper bei Bergwanderungen gemacht. (...)

Mönche mit sadistischer Neigung

Der Sonderermittler sagte, es habe früher deutlich mehr als zehn Patres gegeben, die systematisch geprügelt hätten. Die Mehrzahl habe zwar nicht selbst geprügelt, durch ihr systematisches Schweigen hätten sie den anderen aber erst einen rechtsfreien Raum für ihre Vergehen geschaffen. (...)

"Es herrschte der absolute Terror", klagte ein Ettal-Absolvent in seiner Mail. Schüler berichteten, wie sich alle Insassen eines Schlafraums nach einer winzigen Verfehlung in einer Reihe aufstellen mussten, anschließend schritt ein Mönch die Linie ab und verteilte kräftige Watschen. Beim sogenannten "Nachtschränkchen"-Ritual mussten die Schüler sich gegenseitig von zwei gegenüberliegenden Tischen prügeln. Verlierer war, wer als erstes hinunter fiel. (...)

neues deutschland.de 5 Mär 2010 Nr. 8984

Menschsein des Priesters ist eingeschränkt

ND veröffentlicht zwei kontroverse Meinungsäußerungen zu dem Mißbrauchsthema. Der berühmt - berüchtigte Professor a. d. Hubertus Mynarek bejaht eindeutig den ursächlichen Zusammenhang zwischen Zölibat und sexueller Gewalt gegen Kinder und Jugendliche, während Martin Lohmann, Sprecher des Arbeitskreises Engagierter Katholiken in der CDU, das Zölibat nicht unbedingt verteidigt, aber meint, dass nicht das Zölibat, »die« Kirche oder derer Sexualmoral schuld sind, sondern Einzelne, die ein abscheuliches Verbrechen begangen haben.

LeMonde.fr 5 Mär 2010 Nr. 8983

Gazastreifen: keine Figaros in Schönheitssalons

Die radikal-islamische Hamas hat am Donnerstag verkündet, dass im Gazastreifen keine Friseure mehr in den Schönheitssalons für Frauen geduldet würden. Auf ihrer Internet-Seite warnt die von der Palästinenserorganisation kontrollierte Polizei: "Wer sich dieser Anordnung widersetzt wird verhört und hat mit juristischen Folgen zu rechnen".

"Als nächstes werden sie den Ärzten verbieten, Frauen zu behandeln und nur noch zulassen, dass Frauen sich um Frauen kümmern", befürchtet Barakat Al-Ghoul, einer von acht Damencoiffeuren, die in der palästinensischen Enklave arbeiten. In den letzten Monaten wurden im Gazastreifen mehrere Anschläge auf Frisiergeschäfte für Frauen verübt. Menschen kamen nicht zu Schaden. Dahinter stecken offensichtlich extremistische Islamisten, denen unverhüllte Frauen in Gegenwart von Männern ein Dorn im Auge sind.

Seit dem Abzug der Israelis aus dem Gazastreifen im Jahre 2005 kämpfen verschiedene salafistische Gruppierungen gegen den Machtanspruch der Hamas und werfen ihr vor, sich seit dem Ende der Grossoffensive "Gegossenes Blei" weitgehend an den taktischen Waffenstillstand mit Israel zu halten. Unter dem Ruf nach Sharia und heiligem Krieg fordern sie eine streng fundamentalistische Auslegung der heiligen Schriften und beschuldigen die Hamas einer zu liberalen Sittenpolitik.

"Tugend-Kampagne"

Unter diesem Druck lancierte die Hamas im Sommer 2009 eine "Tugend-Kampagne" mit dem Ziel, die Verschleierung der Frauen durchzusetzen. Doch die Partei weiss um die Sensibilität der öffentlichen Meinung. Nach Protesten musste sie eine neue Kleidervorschrift wieder aufheben, die Anwältinnen zwingen wollte, vor Gericht ein Kopftuch zu tragen.

Jetzt riskiert Barakat Al-Ghoul nicht nur, arbeitslos zu werden; er hat Angst ins Gefängnis zu kommen, wenn er seinen Beruf weiter ausübt. Dabei verletze er doch die islamische Tradition in keiner Weise: Die Fenster des Salons sind getönt und verhindern, dass Passanten ins Innere blicken können. "Natürlich habe ich Kontakt zu den Kundinnen", bemerkt er. "Aber ich arbeite nur mit ihren Haaren. Ich schminke sie nicht, und ich berühre keine sensiblen Körperzonen".

(Original Französisch, Übersetzung: Grazia Annen)

Donaukurier.de 5 Mär 2010 Nr. 8982

Irland: Sinead O'Connor geißelt Spendenaufwurf der Kirche

Die irische Sängerin Sinead O'Connor hat empört auf den Spendenaufwurf eines irischen Bischofs reagiert, der die Gläubigen für die Entschädigung von Missbrauchsoffern zur Kasse bitten will.

Als "böse" hat die irische Sängerin Sinead O'Connor den Spendenaufwurf eines irischen Bischofs bezeichnet, der die Gläubigen für die Entschädigung von Missbrauchsoffern zur Kasse bitten will. In einem Brief an mehrere irische Zeitungen nannte der Popstar die Initiative einen "unglaublichen und dummen" Versuch, "gute Katholiken" zu manipulieren. "Wenn Christus hier wäre, würde er den Vatikan niederbrennen und ich würde ihm dabei helfen", schrieb O'Connor.

Bischof Denis Brennan aus Ferns im Südosten des Landes hatte im Zusammenhang mit Vorwürfen sexuellen Missbrauchs durch Angehörige des Klerus geschrieben, es werde jede Hilfe benötigt. Die Entschädigungen für die 48 Missbrauchsoffer in Ferns hätten bislang 10,2 Millionen Euro gekostet. Zudem seien 13 weitere Verfahren im Gang.

Spiegel online 4 Mär 2010 Nr. 8974

NL: Rechtspopulisten triumphieren bei Kommunalwahl

Drei Monate vor der Parlamentswahl sieht sich die die Partei des Geert Wilders, die PVV, in den Niederlanden im Aufwind. Dem vorläufigen Ergebnis vom Donnerstag zufolge verdrängte sie im östlich von Amsterdam gelegenen Almere die Sozialdemokraten von der Macht.

In Den Haag, dem Sitz der Regierung, wurde Wilders Partei zweitstärkste Kraft. Nur in diesen beiden Städten war die Partei angetreten. Dort hatte sie bei den Europawahlen im vergangenen Sommer besonders gut abgeschnitten.

Am Rande der Kommunalwahlen wurde eine Umfrage publik, die das öffentlich-rechtliche Fernsehen mit Blick auf die Parlamentswahlen in Auftrag gegeben hatte. Sie wies die Partei für die Freiheit mit voraussichtlich 24 Mandaten im 150 Sitze umfassenden Parlament als künftig drittstärkste politische Kraft der Niederlande aus. (...)

jungewelt.de 4 Mär 2010 Nr. 8973

Luft über Kuhköpfen

Heute kommt der Schweizer Dokfilm »Zwischen Himmel und Erde – Antroposophie heute« in die deutschen Kinos. Das macht schon neugierig. Wie wäre der antimodernistischen Religionsgemeinschaft der Anthroposophen mit so relativ modernen Mitteln wie den cineastischen beizukommen? Die Lösung des Paradoxons liegt im Propagandafilm. Mit gar nicht unsympathischen filmischen Mitteln versuchen die Macher, dem Okkultismus Tiefgründigkeit einzuhauchen. Vergeblich. »Zwischen Himmel und Erde« ist ein Film voller Interviews. Die angekündigten Kritiker kommen nicht zu Wort, ausgenommen ein Aussteiger, der sich zwar hier und da mal skeptisch zeigt, im Ganzen aber Anthroposophen sehr schätzt und von ihnen viel gelernt hat. Selbst den üblen Rassismus des Religionsstifters Rudolf Steiner (1861–1925), den die Anthroposophen nachbeten, versucht der »Kritiker« historisch entschuldigend zu kontextualisieren.

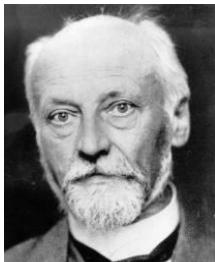
NeuesDeutschland.de 4 Mär 2010 Nr. 8972

Malaysia: Ein Land auf dem Rückwärtskurs

Amnesty International zufolge hat Malaysia seit 2002 über 35 000 Männer mit Stockschlägen bestraft, die meisten davon illegale Einwanderer. Jetzt hat das einst als modernste islamische Nation geltende Malaysia die Strafe auch für Frauen eingeführt.

Der Züchtigung von Frauen nicht genug, ringt die Regierung um ihre Glaubwürdigkeit mit einem neuen Prozess gegen den früheren Vizepremier Anwar Ibrahim. Anwar soll mit einem jungen Parteigehilfen Sexualverkehr gehabt haben. Homosexualität ist in Malaysia verboten. (...)

Kalender- und Gedenktage



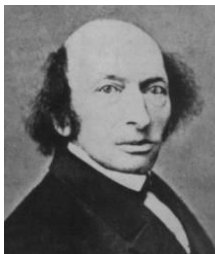
Ludwig Quidde

(* 23.03.1858 in Bremen; † 04.03.1941 in Genf), war ein Historiker, Publizist, Pazifist und liberaler Politiker. Für sein langjähriges Engagement in der Friedensbewegung erhielt Quidde, der weltanschaulich Monist war, 1927 den Friedensnobelpreis. Bereits als Student hatte er den Antisemitismus an den Hochschulen angeprangert, später schrieb er gegen den Militarismus und die gesellschaftlichen Strukturen des Kaiserreichs sowie gegen den politischen Größenwahn Wilhelms II. In der Folge ächteten ihn seine Kollegen, er verlor einen Teil seiner Ämter, musste wegen Majestätsbeleidigung sogar ins Gefängnis.



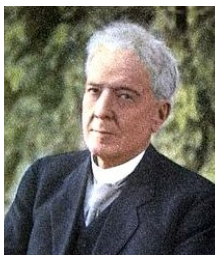
Rosa Luxemburg

(* 05.03.1871 in Zamość in Russisch-Polen, † 15.01.1919 Berlin.) Die wohl bekannteste Sozialistin fasziniert auch heute noch alle, die sich für Freiheit und soziale Gerechtigkeit einsetzen. Dass sie diesen Kampf auch immer mit dem Eintreten für Glaubens- und Gewissensfreiheit verband, zeigen große Teile ihres Werkes. Geradezu klassisch humanistisch ist ihre Schrift „Kirche und Sozialismus“ von 1905 in der sie die Bedeutung von religiöser Toleranz für die sozialistische Bewegung betont, gleichzeitig aber der Religion dort den Kampf ansagt, wo sie sich auf die Seite von Ausbeutung und Unterdrückung stellt.



Johann Jacoby

(* 01.05.1805 Königsberg, † 06.03.1877 ebd.) deutscher Politiker und Arzt, stammte aus einer jüdischen Kaufmannsfamilie und wurde zu einem Vorkämpfer der Judenemanzipation in Preußen. Jacoby trat für das Reformjudentum ein und war weltanschaulich der deistischen Aufklärung verpflichtet. Er bezog sich hauptsächlich auf den materialistischen Pantheismus Spinozas und den Toleranzbegriff Lessings. Er bekannte sich zum naturwissenschaftlichen Materialismus. Für die Bewegung der Freireligiösen entwickelte er große Sympathie.



Luther Burbank

(* 07.03.1849 in Lancaster, Massachusetts; † 11.04.1926 in Santa Rosa, Kalifornien) war ein erfolgreicher amerikanischer Pflanzenzüchter. Er galt als „Zauberer“ im Bereich der Pflanzen und erhielt viele Auszeichnungen und Ehrungen. Schon in jungen Jahren begeisterte er sich für Natur und Technik. Er beschäftigte sich mit den Veröffentlichungen Charles Darwins und begann, durch Selektion und Kreuzung neue Pflanzensorten zu züchten. Seine Erkenntnisse als Wissenschaftler führten dazu, dass Burbank religiöse Deutungsmuster ablehnte.



Gary Numan

(* 08.03.1958 in Hammersmith, London) ist ein britischer Musiker und Pionier der Elektronik- und Techno-Musik. Die herausragende Kombination aus synthetischem Klang und seiner Stimme machen wohl seinen anhaltenden Erfolg aus. Er hat die unterschiedlichsten Musiker und Bands beeinflusst. Nach einem Tief wagte er in den 90er Jahren einen Neuanfang. Das 1994 entstandene Album „Sacrifice“ stellte den Neustart dar und überzeugte mit seinem Sound. In den Texten setzte er sich kritisch mit dem Thema Kirche und Religion auseinander.



Arthur Pfungst

(* 09.03.1864 Frankfurt/Main, † 03.10.1912) Freidenker, Förderer der Kartellbewegung freigeistiger Verbände, der weltlichen Schule, Freien Akademie, Verleger, Herausgeber der freigeistigen Zeitschrift das „Freie Wort“. Er war Vorsitzender des „Bundes für weltliche Schule und Moralunterricht“. Im Jahre 1900 stiftete Pfungst der freigeistigen Bewegung den Neuen Frankfurter Verlag, der zu einer Zentrale freigeistiger Literatur in Deutschland wurde und die Bibliothek der Aufklärung herausgab. In dieser Reihe erschienen zwischen 1911 und 1914 zahlreiche philosophische und kirchenkritische Studien.



Christian Heinrich Roller

(* 10.03.1839 Berlin; † 06.09.1916 ebd.) war Begründer eines deutschen Stenographiesystems. Er war Sozialdemokrat, Freireligiöser, Schriftsteller und Volksdichter. 1861 begann er sich für Stenographie zu interessieren. Hier brachte er es zu wahrer Meisterschaft und entwickelt das bestehende Kurzschriftsystem erheblich weiter. Er stenographierte u.a. im preußischen Landtag, sowie im Reichstag. Er protokollierte auch den gesamten Gründungsparteitag der Sozialdemokratischen Arbeiter Partei 1869 in Eisenach. Jahrelang dozierte er an der Journalistischen Hochschule in Berlin.